

# Rheinland-Pfalz



Statistisches Landesamt

## Statistische Monatshefte

# 1988

Januar  
Februar  
März  
April  
Mai  
Juni  
Juli  
**August**  
September  
Oktober  
November  
Dezember

## Inhalt

---

<b>Ernteaussichten 1988</b>	251	Für Feldfrüchte, Grünland, Obst, Gemüse und Wein gibt die Ernteberichterstattung Auskunft über bisher vorliegende Ernteergebnisse und die zur Zeit bestehenden Aussichten. Bei Getreide werden die Vorschätzungen durch bereits vorliegende Meßergebnisse aus der Besonderen Erntermittlung ergänzt.
-----------------------------	-----	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

---

<b>Unternehmensumsätze</b>	255	Die Umsatzsteuerstatistik wird alle zwei Jahre durchgeführt. Sie ist für den Dienstleistungsbereich die einzige Materialquelle über die Unternehmensumsätze. Im Jahre 1986 erwirtschafteten die rheinland-pfälzischen Unternehmen einen Umsatz von 165,7 Mrd. DM. Gegenüber 1984 bedeutet dies einen Zuwachs um 1,5 %.
----------------------------	-----	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

---

<b>Wohnungsmieten im Preisindex für die Lebenshaltung</b>	259	Im Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte haben die Wohnungsmieten einen Wägungsanteil von 14,8 %. Sie stellen nach den Aufwendungen für Nahrungs- und Genußmittel den zweitgrößten Ausgabeposten der Haushalte dar.
-----------------------------------------------------------	-----	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

---

<b>Arbeitskostenerhebung 1988</b>	262	Die für dieses Jahr geplante Arbeitskostenerhebung soll ein detailliertes und umfassendes Bild über die Personal- und Personalnebenkosten der Unternehmen in den Mitgliedstaaten der EG geben.
-----------------------------------	-----	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

---

<b>Diagnosendokumentation im Krankenhaus</b>	263	Mit DIDOK, einem Datenverarbeitungsverfahren zur Diagnosendokumentation, stehen über den Rahmen gesetzlicher Mindestanforderungen hinaus Informationen für krankenhausinterne Zwecke, insbesondere für den ärztlichen Bereich zur Verfügung.
----------------------------------------------	-----	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

---

<b>Anhang</b>	49 *	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	55 *	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

---



## Erträge und Aussichten im Erntejahr 1988

Nach dem Stand der Ertragsschätzungen Anfang August und unter Berücksichtigung einer um 2 % größeren Anbaufläche als im Vorjahr ist in diesem Jahr in Rheinland-Pfalz mit 1,45 bis 1,5 Mill. t eine durchschnittliche Getreideernte zu erwarten. Auch bei Raps und Frühkartoffeln bestehen zufriedenstellende Aussichten, wenngleich die Spitzenerträge des Vorjahres nicht erreicht werden.

Nach einer mäßigen Kirschenernte und unterdurchschnittlichen Ertragserwartungen für die übrigen Steinobstarten bieten beim Obst lediglich die Äpfel zur Zeit gute Aussichten. Bisher zufriedenstellend bei ebenso erfreulichen Aussichten verläuft die diesjährige Gemüseernte, die zumeist überdurchschnittliche Erträge liefert. Beim Wein verspricht der mit dem Vorjahresstand vergleichbare Traubensatz zwar keine quantitativ überdurchschnittliche Ernte, der Vegetationsvorsprung sowie die bisherigen Witterungsbedingungen lassen jedoch bei weiterhin reichlich Sonnenschein und gün-

stigem Temperaturverlauf einen qualitativ guten Jahrgang erwarten. hü

Mehr über dieses Thema auf Seite 251

## Heizöl ein Sechstel billiger als vor einem Jahr Verbraucherpreise im Juli

Bei einem gegenüber Juni insgesamt stabilen Verbraucherpreisniveau kosteten im Juli 100 l Heizöl im Mittel 31,63 DM. Das ist fast ein Sechstel weniger als vor einem Jahr. Benzin war bis zu 6 % billiger.

Von den Nahrungs- und Genußmitteln waren Schweinefleisch, Margarine, Pflanzenöl, Schokolade, Bohnenkaffee und schwarzer Tee ebenfalls preiswerter als vor Jahresfrist. Merklich billiger angeboten wurden auch Zwiebeln, Birnen, Bananen, Apfelsinen und Äpfel. Deutlich mehr bezahlen mußten die Hausfrauen für Weiß- und Wirsingkohl sowie Kartoffeln. Auch Fisch, Milch, Käse, tiefgekühlter Spinat und Sauerkirschen in Gläsern wiesen nennenswerte Verteuerungen auf. br

# Landeshaushalt Rheinland-Pfalz

**Volumen 1988: 15.689,4 (100%)**

(Angaben in Mill. DM)

### Arten

### Aufgaben

#### Personalausgaben 5905,3 (37,6)

Allgemeine Dienste 1640,1 (10,4)  
Bildungswesen 2383,6 (15,2)  
Soziale Sicherung, Gesundheit  
und Umweltschutz 154,0 (1,0)  
Wirtschaft und Verkehr 541,5 (3,4)  
Allgemeine Finanzwirtschaft 1186,1 (7,6)

#### Sächliche Verwaltungsausgaben 736,3 (4,7)

#### Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke 3697,6 (23,6)

Zuweisungen 1782,3 (11,4)  
An Bund, Länder, LÄF:  
Sozialversicherungsträger 45,6 (0,3)  
An Gemeinden (Gv.) 1736,7 (11,1)  
Zuschüsse 1915,3 (12,2)  
Renten, Unterstützungen u.ä. 1043,7 (6,6)  
Übrige Zuschüsse 871,6 (5,6)

#### Investitionen und Investitionsförderungs- maßnahmen 2316,4 (14,8)

Baumaßnahmen 512,5 (3,3)  
Sonstige Investitionen 164,3 (1,0)  
Investitionsförderungsmaßnahmen 1639,6 (10,5)

#### Sonstige Ausgaben 3033,8 (19,3)

#### Allgemeine Dienste 2156,1 (13,7)

Politische Führung 217,8 (1,4)  
Innere Verwaltung, Allgemeine Staatsaufgaben 258,8 (1,6)  
Finanzverwaltung 542,7 (3,5)  
Öffentliche Sicherheit und Ordnung 602,5 (3,8)  
Rechtsschutz 534,3 (3,4)

#### Bildungswesen 3620,7 (23,1)

Schulen 2294,0 (14,6)  
Wissenschaft 1168,0 (7,5)  
Kunst, Kulturpflege usw. 158,7 (1,0)

#### Soziale Sicherung, Gesundheit und Umweltschutz 2086,2 (13,3)

Soziale Sicherung 1374,9 (8,8)  
Gesundheit, Sport und Erholung 415,9 (2,6)  
Umweltschutz 295,4 (1,9)

#### Wirtschaft und Verkehr 2167,4 (13,8)

Wohnungswesen, Raumordnung 537,6 (3,4)  
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten 382,1 (2,4)  
Energiewirtschaft, Gewerbe  
Regionale Wirtschaftsförderung 171,7 (1,1)  
Verkehrs- und Nachrichtenwesen 734,8 (4,7)  
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines  
Grund- und Kapitalvermögen 341,2 (2,2)

#### Allgemeine Finanzwirtschaft 5659,0 (36,1)

Finanzzuweisungen an Gemeinden (Gv.) 1433,4 (9,1)  
Schuldendienst 3013,3 (19,2)  
Versorgung 1061,9 (6,8)  
Übriges 150,4 (1,0)

Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz



**Sommergerste 1988 auf Platz Eins**

Erstmals seit 1975 bauten die rheinland-pfälzischen Landwirte im Jahre 1988 mit rund 100 000 ha wieder mehr Sommergerste als Winterweizen (94 000 ha) an. Während Winterweizen nur geringfügig um 1 % gegenüber dem Vorjahr zunahm, kam aufgrund der derzeitigen günstigeren Erlössituation der sprunghafte Anstieg bei der überwiegend zu Brauzwecken verwendeten Sommergerste (+ 25 %) nicht unerwartet. Neben Wintergerste (– 7 000 ha) und Roggen (– 3 000 ha) verloren auch die in den vergangenen Jahren bevorzugten Getreidearten Durum und Triticale stark an Boden. Insgesamt gesehen dehnten sich die Getreidefelder, die drei Viertel des Ackerlandes (425 000 ha) ausmachen, wieder etwas aus (+ 2,3 %).

Der Anbau von Zuckerrüben (22 000 ha) und Kartoffeln (11 000 ha) blieb seit 1987 weitgehend unverändert. Bei den Ölfrüchten ergaben sich dagegen beachtliche Flächenverschiebungen. So stand einem durch die ungünstigere Preissituation bedingten Rückgang bei Winterraps (18 000 ha) eine vermehrte Aussaat von Sonnenblumen gegenüber. Bei den Hülsenfrüchten (– 29 %) führte insbesondere die 1987 unbefriedigende Ertragssituation der Futtererbsen zu deutlichen Flächeneinschränkungen.

Futterpflanzen wie Silomais, Klee, Gras und Luzerne erreichten mit rund 29 000 ha einen erneuten Tiefstand. km

**Eiererzeugung im sommerlichen Tief**

Im ersten Halbjahr 1988 sind in rheinland-pfälzischen Hennenhaltungen mit 3 000 und mehr Stallplätzen insgesamt rund 129 Mill. Eier erzeugt worden. Diese Angaben gehen aus einer im Jahre 1987 durchgeführten Statistik zur Legehennenhaltung und Eiererzeugung hervor. Insgesamt sind in Rheinland-Pfalz an dieser Statistik knapp 100 Betriebe überwiegend mit Käfighaltung beteiligt. 40 % dieser Betriebe haben Platz für 10 000 und mehr Tiere. Aufgrund des Produktionstiefs in den Sommermonaten lag die Auslastung der insgesamt 1,3 Mill. Stallplätze am 1. Juli mit 69 % rund 5 % niedriger als im ersten Quartal dieses Jahres. Im Juni wurden demnach im Schnitt lediglich 930 000 Hennen gehalten. hÜ

**Arbeitskostenerhebung 1988**

Im Jahre 1989 findet für das Berichtsjahr 1988 eine Erhebung der Arbeitskosten (Personalkosten) im produzierenden Gewerbe, im Groß- und Einzelhandel sowie im Bank- und Versicherungsgewerbe statt.

Mit dieser Arbeitskostenerhebung werden die gesamten Aufwendungen der Arbeitgeber für ihre Beschäftigten sowie die Personalnebenkosten ermittelt. Sie ist eine notwendige Ergänzung zur laufenden Verdiensterhebung und zu den Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen, da diese Statistiken auf die Bruttoverdienste beschränkt sind. Die Erhebung für 1988 entspricht vom Erhebungsumfang, dem Erhebungsbereich und den Erhebungsmerkmalen her im wesentlichen der Zählung von 1984. Einbezogen werden in Rheinland-Pfalz 1 752 Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten, davon 1 119 aus dem produzierenden Gewerbe und 633 aus dem Dienstleistungsbereich. wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 262

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet im Juli 1988		
Indexbezeichnung	1980=100	Veränderung zu Juli 1987 in %
Alle privaten Haushalte		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (einschl. Verzehr in Gaststätten)	117,5	– 0,1
Bekleidung, Schuhe	123,6	1,2
Wohnungsmieten	131,8	2,3
Energie (ohne Kraftstoffe)	102,8	– 3,4
Möbel, Haushaltsgüter u. a. Güter für die Haushaltsführung	121,9	1,2
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	124,2	1,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	122,0	1,6
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	120,0	1,1
Persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	137,1	3,2
Gesamtlebenshaltung	122,5	1,0
4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	122,1	0,9
4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	123,8	1,3
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern		
Gesamtlebenshaltung	122,1	0,7



**Industriearbeiter verdient 18,12 DM in der Stunde**

Im April 1988 verdiente ein Industriearbeiter in Rheinland-Pfalz durchschnittlich 18,12 DM in der Stunde. Das sind 4,6 % mehr als im April 1987. Männliche Arbeiter erhielten 19,02 DM (+ 4,7 %), weibliche aufgrund abweichender Qualifikation und Beschäftigungsstruktur 13,33 DM (+ 3,7 %). Der durchschnittliche Bruttowochenverdienst stieg bei den Männern um 5 % auf 781 Mark, bei den Arbeiterinnen um 4 % auf 521 DM. Die wöchentliche Arbeitszeit erhöhte sich geringfügig, und zwar bei den Männern auf 41,1 Stunden und bei den Frauen auf 39,1 Stunden.

Kaufmännische Industrieangestellte (ohne leitende Kräfte) kamen auf 4 083 DM im Monat (+ 5,2 %), technische Angestellte auf 4 939 DM (+ 5,1 %). Im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe erhielten kaufmännische Angestellte monatlich 3 637 DM (+ 1,6 %), ihre Kolleginnen 2 525 DM (+ 3,1 %).

Bei allen Angaben sind einmalige oder in unregelmäßigen Abständen geleistete Zahlungen nicht berücksichtigt. ze

**Mieten für Altbauwohnungen erhöhten sich seit 1985 stärker als die für freifinanzierte Neubauwohnungen und Sozialwohnungen**

Bei einem Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet von 1985 bis April 1988 um 1 % verteuerten sich die Wohnungsmieten insgesamt um 5,6 %. Die Mieten für Altbauwohnungen erhöhten sich in diesem Zeitraum um 7,7 %, diejenigen für Neubauwohnungen nur um 4,6 %. Mietpreise für Wohnungen im sozialen Wohnungsbau, die nach 1948 erstellt wurden, verzeichneten mit + 4,8 % einen etwas höheren Anstieg als die im freifinanzierten Wohnungsbau (+ 4,5 %). Die Mietpreise für Altbau- und Sozialwohnungen sind auch im Zeitraum von 1980 bis 1985 stärker angehoben worden als die für freifinanzierte Wohnungen.

Unter den kommunalen Gebühren, die in die erhöhte Miete eingeschlossen sind, nahmen von 1985 bis April 1988 besonders diejenigen für Abwasserbeseitigung zu, und zwar um 16 % bei Abnahme einer größeren Frischwassermenge und um 15 % bei Abnahme einer kleineren. Die Müllabfuhr verteuerte sich für die Leerung einer ortsüblichen Tonne mit größerem Inhalt um 13 % und mit kleinerem Inhalt um 10 %. wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 259

**6 400 Gewerbeanmeldungen im 1. Quartal 1988  
Die meisten neuen Gewerbebetriebe im Westerwaldkreis**

Im ersten Vierteljahr 1988 wurden in Rheinland-Pfalz 6 372 Gewerbeanmeldungen registriert. Das sind 2,9 % oder 193 weniger als im ersten Quartal des Vorjahres, aber 18 % mehr als im Zeitraum Oktober bis Dezember 1987. Sieben von zehn Anmeldungen betrafen Neugründungen. Abgemeldet wurden 4 597 Gewerbebetriebe oder Betriebsteile, in 3 034 Fällen kam es zur vollständigen Betriebsaufgabe.

Die meisten Neuerrichtungen gab es im Westerwaldkreis (259), im Landkreis Mainz-Bingen (255) und in der Stadt Mainz (244). hw

**Mehr Baumaßnahmen**

Die rheinland-pfälzischen Bauaufsichtsbehörden genehmigten im Mai 1 521 Bauanträge. Die Freigaben betrafen 1 250 Wohnhäuser und 271 Nichtwohngebäude. Darunter befinden sich 528 Genehmigungen, die zur Durchführung von Veränderungen an bestehenden Gebäuden erforderlich waren. Bei den Neubauvorhaben handelt es sich um 715 Einfamilienhäuser, 107 Zweifamilienhäuser, 35 Mehrfamilienhäuser und 136 Nichtwohngebäude mit rund 482 000 m<sup>3</sup> Rauminhalt. Insgesamt sollen 1 283 Wohnungen entstehen.

In den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres wurden 6 362 Vorhaben zum Bau freigegeben. Das sind 5 % mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Genehmigungen gelten für 5 138 Wohnhäuser (+ 5 %) und 1 224 Gebäude für Wirtschaft und Öffentlichkeit (+ 4,9 %). Darunter betrafen 1 931 Genehmigungen Baumaßnahmen am vorhandenen Gebäudebestand (+ 12 %). Die für sämtliche Projekte kalkulierten Baukosten beliefen sich, wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres, auf 2,1 Mrd. DM. ju

**5,4 % mehr Wohnungen genehmigt**

Im ersten Halbjahr 1988 wurden in Rheinland-Pfalz 4 622 Genehmigungen für die Errichtung von neuen Wohngebäuden sowie 920 Freigaben für Nichtwohngebäude erteilt. Das sind 4,3 bzw. 4,5 % mehr als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres. Weiter gestiegen ist auch die Zahl genehmigungspflichtiger Umbauten an vorhandenen Gebäuden: im Wohnbau beträgt der Anstieg bei 1 817 Maßnahmen 12 %, im Nichtwohnbau waren es mit 622 Vorhaben 15 % mehr.

Mit 7 145 Wohnungen wurden 5,4 % mehr Einheiten zum Bau freigegeben als in der ersten Jahreshälfte 1987. ju



**Erneut mehr Wohngeldempfänger  
41 Mill. DM Wohngeld ausbezahlt**

Zur Jahresmitte 1988 gab es in Rheinland-Pfalz 75 180 Bezieher von Wohngeld. Das sind 1 541 mehr als ein Jahr zuvor. Die Zahl der Mietzuschußempfänger stieg um 1,7 % auf 66 637 Personen, die der Lastenzuschußempfänger um 5,7 % auf 8 543 Personen. In den kreisfreien Städten des Landes lebten knapp 31 000 (+ 0,6 %), in den Landkreisen mehr als 44 000 (+ 3,2 %) der Wohngeldempfänger.

Mit einer Wohngeldsumme von insgesamt 40,7 Mill. DM lagen die Leistungen im 2. Quartal 1988 um 0,4 Mill. DM oder 1,1 % über dem 1. Quartal 1988. Der Wohngeldanspruch betrug im Juni 1988 im Durchschnitt 136 DM.

Im zweiten Vierteljahr 1988 wurden 38 300 Wohngeldanträge gestellt. Die Wohngeldstellen bewilligten im gleichen Zeitraum rund 22 200 Wiederholungsanträge, 8 700 Erstanträge sowie 800 Erhöhungen. am

**Monatlicher Wohngeldanspruch 138 DM**

Ende 1987 bezogen in Rheinland-Pfalz 89 036 Haushalte Wohngeld. Das sind 2,7 % mehr als 1986. Das Wohngeld wurde an 78 592 Haushalte als Mietzuschuß und an 10 444 Haushalte als Lastenzuschuß gezahlt. Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch betrug 138 DM. Die Wohngeldausgaben beliefen sich im gesamten Jahr auf 162 Mill. DM. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem Anstieg um über 12 %.

Die durchschnittlichen monatlichen Wohnkosten aller Wohngeldbezieher betrugen 409 DM. Daraus errechnet sich ein Anteil der Wohnkosten am Haushaltseinkommen von 27 %, durch die ausgezahlten Wohngeldbeträge reduziert sich dieser Anteil auf 18 %. Die durchschnittliche Miete je Quadratmeter Wohnfläche betrug 5,92 DM, die mittlere Wohnkostenbelastung bei Lastenzuschußempfängern 6,26 DM. ju

**Vor allem höhere Auslandsumsätze  
im 1. Halbjahr 1988**

Die Umsätze der rheinland-pfälzischen Industrie- und Handwerksbetriebe lagen in der ersten Jahreshälfte 1988 um 7,6 % höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Der Anstieg ist vor allem auf die Entwicklung der Exporte (+ 14 %) zurückzuführen. Die Inlandsumsätze stiegen um 4,1 %. Überdurchschnittliche Zunahmen des Gesamtumsatzes verzeichneten die Steine- und Erdenindustrie (+ 14 %), der Straßenfahrzeugbau einschließlich Reparaturen (+ 12 %) und die chemische Industrie (+ 11 %). hel

**Handwerk: Mehr Umsatz bei weniger Beschäftigten**

Im ersten Quartal 1988 erwirtschaftete das rheinland-pfälzische Handwerk um 6,8 % höhere Umsätze als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Mit + 25 % verzeichneten die Bauhandwerker die mit Abstand höchste Zuwachsrate. Es folgt der Bereich Gesundheits- und Körperpflege sowie Reinigung mit + 9,9 % vor dem Bekleidungs-, Textil- und Lederhandwerk (+ 4,1 %) und den Metallberufen (+ 3,2 %). Die Umsatzeinbußen im Nahrungsmittel- und im Holzgewerbe waren gering (– 0,5 bzw. – 1 %), dagegen schloß der Bereich Glas, Papier, Keramik das erste Vierteljahr 1988 mit einem deutlichen Umsatzrückgang (– 8,1 %) ab.

Die Beschäftigtenzahl lag um 3,5 % unter der im ersten Quartal 1987. Mit Ausnahme des Gesundheits- und Körperpflegebereichs, wo die Zahl der tätigen Personen um 2,5 % gegenüber dem Vorjahreswert stieg, ergaben sich in allen übrigen Gewerbezweigen Beschäftigtenrückgänge. ju

**Höhere Umsätze und mehr Beschäftigte im Einzelhandel**

Im Mai 1988 erzielten die rheinland-pfälzischen Einzelhandelsgeschäfte um 6,8 % höhere Umsätze als im Mai 1987. Von Januar bis Mai lagen sie um 4,6 % über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Tabakwaren (+ 14 %) und Möbel (+ 12,7 %) verzeichneten die kräftigsten Zuwachsraten.

Auch die Entwicklung der Beschäftigtenzahl im Einzelhandel ist im bisherigen Jahresverlauf insgesamt positiv. Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten nahm zwar um 2,1 % ab, die der Teilzeitbeschäftigten jedoch um 6,9 % zu. kl

**Kräftiger Anstieg der Produktion**

Die Produktion von Industrie und Handwerk in Rheinland-Pfalz lag im Juni 1988 um 10 % höher als im Jahr zuvor. Dabei erzielte das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe innerhalb der industriellen Hauptgruppen mit 12,6 % die höchste Steigerungsrate. Unter den bedeutenden Wirtschaftszweigen des Landes verzeichneten der Steine- und Erdensektor (+ 12,5 %), die Kunststoffwarenherstellung (+ 11,6 %) und die Chemie (+ 10,2 %) überdurchschnittliche Zunahmen.

Im ersten Halbjahr 1988 stieg der Produktionsausstoß im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 6,3 %. Das ist die höchste Zunahme seit dem ersten Halbjahr 1979. Bei Anhalten dieses positiven Trends kann das Produktionsergebnis des Vorjahres deutlich übertroffen werden. fu



Ernteerträge und Aussichten 1988

Mit einer Rekordernte können die Landwirte auch 1988 nicht rechnen. Mildes Winterwetter, ein ungewöhnlich nasser März und ein umso trockenerer Mai hatten allerdings nicht nur negative Seiten für die pflanzliche Entwicklung. Wie im Vorjahr können die Ertragsaussichten auch 1988 nicht pauschal beurteilt werden.

Den bisherigen Erwartungen liegen die subjektiven Ertragsschätzungen sowie Meldungen zu wachstumsbeeinflussenden Faktoren der insgesamt rund 1 200 Ernteberichterstatter im Land zugrunde, von denen 600 über die Ertragsentwicklung bei Feldfrüchten und auf dem Grünland, 400 über die Aussichten beim Wein und 100 bzw. 80 über die Lage im Obst- und Gemüsebau berichten. Ergänzt werden diese Vorschätzungen beim Getreide durch bereits vorliegende Meßergebnisse der Besonderen Erntermittlung, die in der Regel eine Anhebung der Schätzergebnisse zur Folge haben.

Späte Vegetationsruhe, kaum Schäden durch Winterfröste

Blickt man zurück auf die Startbedingungen der Wintersaaten, so behinderte zunächst die verzögerte Getreideernte 1987 die frühzeitige Aussaat von Winter- raps. Für Wintergerste stellten sich erst in der letzten Septemberwoche, nachdem häufige Regenfälle die Saatbettbereitung behinderten, gute Bedingungen ein. Weiterhin günstig gestaltete sich die Witterung für die Aussaat von Winterroggen und -weizen. Die Saaten konnten sich im November und Dezember bei nicht vollständiger Vegetationsruhe noch gut entwickeln. Der Wachstumsstand im November war nahezu ebenso gut wie im Vorjahr. Etwas schlechter wurde er beim Winter- raps beurteilt, der je nach Aussaattermin einen unter- schiedlichen Stand zeigte.

Nennenswerte Auswinterungsschäden bei den Saa- ten wie auch Frostschäden im Wein-, Obst- und Gemü- sebau hat dieser Winter – anders als sein Vorgänger – nicht gebracht. Dafür boten die überdurchschnittlich hohen Temperaturen und häufigen Niederschläge gün- stigen Lebensraum für ein Überwintern von Schadorga- nismen.

Frühjahrswitterung mit Vor- und Nachteilen

Die häufigen Niederschläge im März verzögerten, wie im Vorjahr, die anstehenden Feldarbeiten und das Aus-

bringen der Sommerungen um bis zu drei Wochen. Ende März waren aufgrund der Wetterentwicklung nicht zuletzt durch Staunässe und erhöhte Infektionswah-rscheinlichkeit für Halmbruch bei Winterweizen Minder-erträge nicht auszuschließen.

Weiterhin etwas zu kühl und feucht gestaltete sich das Aprilwetter und brachte zudem in der letzten April- dekade Nachtfröste mit sich, die zumindest den Verlauf der Obstbaumbüte beeinträchtigten. Insbesondere bei Sauerkirschen, frühen Süßkirschensorten, Aprikosen, Pfirsichen und Pflaumen wurden Schäden gemeldet. Wintergetreide und Raps waren dennoch Mitte April nor- mal und damit besser entwickelt als es unter den extre- men Witterungsbedingungen des Vorjahres der Fall war.

Ende April /Anfang Mai wurde die einsetzende günsti- gere Witterung zur Maisbestellung genutzt. Nachteile für den Aufgang und auch die Entwicklung der Sommerun- gen konnte nun aufgrund der im Mai fehlenden Nieder- schläge die im Winter ausgebliebene Frostgare mit sich bringen, wodurch je nach Bodenbeschaffenheit und -bearbeitung ein mangelnder Anschluß an die wasser- führenden Schichten möglich war.

Das zu trockene und warme Wetter beeinträchtigte zwar das Wachstum von Mais und auch von Runkelrü- ben, jedoch kaum von Zuckerrüben, Ackerbohnen und den meisten Winterungen, zumal die Niederschläge im Juni rechtzeitig wieder einsetzten. Insbesondere dem Raps wurde eine schnelle, gleichmäßige Blüte ohne stö-

Ertragserwartungen für Feldfrüchte 1988

Fruchtart	Hektarerträge			
	D 1982/87	1987	2. Vorschätzung Anfang August	
			1987	1988
	dt			
Winterweizen	53,6	54,0	50,1	50,1
Sommerweizen	45,8	46,4 <sup>1)</sup>	43,7	42,4
Hartweizen (Durum)	.	.	.	45,9
Roggen	41,3	39,1	43,0	43,1
Wintergerste	48,9	42,6	45,8	48,1
Sommergerste	40,2	41,9	41,7	41,7
Hafer	37,5	39,4	38,4	37,8
Wintermenggetreide	41,6	41,4	41,8	41,0
Sommermenggetreide	38,3	39,7 <sup>2)</sup>	39,1	38,6
Triticale	.	.	.	44,5
Frühkartoffeln	257,5	295,3	267,7	254,6
Winterraps	26,4	29,4	26,4	27,5

1) Einschl. Durum. – 2) Einschl. Triticale.



# Heuerträge<sup>1)</sup> von Rauhfutter 1988

Fruchtart	Hektarerträge				Erntemenge <sup>2)</sup>		
	D 1982/87 1. Schnitt	1. Schnitt		endgültig	1. Schnitt		endgültig
		1987	1988	1987	1987	1988	1987
		dt			t		
Rauhfutter	55,9	56,6	55,6	81,5	1 068 018	1 049 617	1 536 527
Wiesen	54,1	54,5	53,8	79,1	526 650	520 319	764 367
Mähweiden	57,7	58,5	56,9	83,5	471 428	458 923	672 893
Grasanbau auf dem Ackerland	58,7	61,1	60,4	85,6	28 271	29 312	39 607
Klee, Klee gras und Klee-Luzerne-Gemisch	61,4	61,3	62,3	87,6	30 031	28 191	42 915
Luzerne	60,7	62,2	62,7	89,5	11 638	12 872	16 745

1) Grünmasseerträge im Verhältnis 4 : 1 in Heu umgerechnet. – 2) Berechnet mit noch vorläufigen Flächenangaben.

rende Regenfälle beschert. Erste Rückschläge gab es Ende Mai aufgrund von örtlichen Hagelunwettern, die regional drastische Ertragsminderungen bei den betroffenen Kulturen zur Folge haben dürften.

## Getreideernte über 1,6 Millionen Tonnen

Die niederschlagsarme und überwiegend warme Witterung ab der zweiten Junidekade hat die Wintergerste zügig abreifen lassen. Vor allem auf leichten Böden war sie, auch infolge der Trockenheit im Mai, frühzeitig reif, so daß vielerorts schon zu Beginn der zweiten Julidekade gedroschen wurde. In vier Wochen war, anders als im Vorjahr, die Wintergerste nahezu überall abgeerntet. Mit der Roggenernte wurde bereits Ende Juli in der Vorderpfalz und Rheinhessen begonnen. Anfang August waren landesweit bereits 60 % gedroschen. Auch der Drusch von Winterweizen und Sommergerste setzte zu dieser Zeit ein; 1 – 2 Wochen später auch von Hafer. Bei weiterhin günstiger Witterung kommt die Getreideernte, mit entsprechender Verzögerung in den Höhengebieten, deutlich früher zum Abschluß als im Vorjahr und die Einhaltung der geforderten Restfeuchte ist weitgehend möglich.

Mußte 1987 der noch Anfang August für Wintergerste erwartete Hektarertrag aufgrund der folgenden schlechten Witterung gemäß den Druschergebnissen nach unten korrigiert werden, so dürfte in diesem Jahr das Gegenteil der Fall sein. Aufgrund der vorliegenden Probeschnittergebnisse aus der Besonderen Erntermittlung ist zu erwarten, daß die bisherigen Berichtserstatterschätzungen um 5 bis 8 dt erheblich nach oben zu korrigieren sein werden und damit für Wintergerste sogar ein deutlich überdurchschnittlicher, wesentlich besserer Ertrag als 1987 erreicht wird. Roggen und Winterweizen lassen den Vorschätzungen zufolge, unter Einbeziehung der bisher vorliegenden Schnittergebnisse, ebenfalls überdurchschnittliche Erträge erwarten.

Bei den Sommerungen, die mit den Folgen des milden Winters und der nachfolgenden Trockenheit wohl stärker zu kämpfen hatten, liegen die geschätzten Flächenleistungen zumeist geringfügig niedriger als im Vorjahr. Wahrscheinlich werden bei den meisten Arten ähnliche Erträge wie 1987 erzielt werden.

Nach den bisherigen Ertragsermittlungen dürfte die diesjährige Getreideernte etwas über 1,6 Mill. t liegen, zumal nach den vorläufig festgestellten Flächen der Getreideanbau um gut 2 % ausgedehnt wurde. Aufgrund eines umfangreicheren Anbaus und leicht überdurchschnittlicher Erträge wird insbesondere die Ernte von Sommergerste höher ausfallen. Bei einigen Landwirten in der Westpfalz wurde allerdings den im Grunde zufriedenstellenden Aussichten für die Getreideernte durch drastische Ertragsausfälle nach einem Hagelunwetter Anfang August ein plötzliches Ende gesetzt.

## Auch bei anderen Feldfrüchten zufriedenstellende Aussichten

Die zeitweisen Niederschläge in der zweiten Julihälfte hatten zwar zu einer Unterbrechung der Getreideernte und darüber hinaus, wenn auch nur in wenigen Fällen, zu Lager sowie beim Raps zu geplatzten Schoten geführt, sie erwiesen sich jedoch für Mais, der zur Zeit der Blüte den höchsten Wasserbedarf hat, sowie für Zucker- und Runkelrüben von Vorteil.

Anfang August war der Raps landesweit zu über 90 % abgeerntet. Trotz guter Blüte wird er die Spitzenerträge der beiden Vorjahre nicht erreichen. Bei einem zu erwartenden etwas überdurchschnittlichen Ertrag und einer um knapp 14 % geringeren Anbaufläche, wird die Erntemenge des Vorjahres deutlich unterschritten werden.

Die Anbauflächen von Kartoffeln, sowohl von Früh- als auch von Spätkartoffeln, haben sich nach ersten Feststellungen im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert. Die Vorschätzungen bei Frühkartoffeln, die erfahrungsgemäß nach Vorliegen der Ergebnisse noch nach oben korrigiert werden, lassen einen überdurchschnittlichen Ertrag erwarten, ohne daß jedoch der sehr gute Vorjahresertrag erreicht werden dürfte. Mittelfrühe und späte Kartoffeln zeigen zur Zeit einen guten Entwicklungsstand.

Weiterhin positiv fiel Anfang Juli die Beurteilung des Wachstumstandes bei Zuckerrüben, Erbsen und Ackerbohnen aus. Bei Mais und Runkelrüben dürfte er sich zwischenzeitlich bei ausreichender Wasserversorgung verbessert haben. Nach den Ertragseinbußen im Vorjahr



können vor allem bei Erbsen, die jedoch in diesem Jahr deutlich weniger angebaut wurden, die Erträge vergleichsweise besser ausfallen.

**Insgesamt überdurchschnittliche Rauhfutterernte zu erwarten**

Wie 1987 brachte auch in diesem Jahr der erste Schnitt von Wiesen und Mähweiden sowie von Gras, Klee gras, Klee und Luzerne sowie deren Gemisch auf dem Ackerland durchschnittliche Mengenerträge. Während diese 1987 bei eigentlich mäßigem Aufwuchs auf den witterungsbedingt weit verspäteten Schnitzeitpunkt Ende Juni zurückzuführen waren, versprach in diesem Jahr der Wachstumsstand, der im April bei möglichen Noten zwischen 1 und 5 mit 2,8 beurteilt wurde, schon bei früherer Ernte eine entsprechende Ertragslage.

Aufgrund der im Mai trockenen und warmen Witterung waren die Bedingungen für den ersten Gräser schnitt zur Silagegewinnung oder Heuwerbung ideal und ermöglichten eine auch nach den Inhaltsstoffen qualitativ hochwertige Ernte. Dennoch warteten offensichtlich viele Landwirte auf einen weiteren Massezuwachs. Aber auch sie hatten noch Glück und nutzten bei etwas rohfaserreicherem Aufwuchs die warme Witterung der zweiten Junidekade zur Heuwerbung. Dort, wo die erste Nutzung bereits Ende Mai vorgenommen worden war und der Nachwuchs aufgrund der Regenfälle in der ersten Junihälfte befriedigen konnte, war sogar schon die zweite Nutzung möglich.

Die ausgeglichene, mit Niederschlägen durchsetzte Witterung im Juli bot dem weiteren Wachstum, wie im letzten Jahr, gute Entwicklungsbedingungen, so daß insgesamt eine überdurchschnittliche Ernte zu erwarten ist.

**Nach mäßiger Kirschen- bessere Apfelernte**

Nicht besser als im Vorjahr wird insgesamt betrachtet wohl die diesjährige Obsternte ausfallen. Die bereits abgeschlossene Ernte der Erdbeeren fiel aufgrund der im Vergleich zum Vorjahr trockeneren Witterung deutlich besser und mit 79 dt je Hektar leicht überdurchschnittlich aus. Dafür brachten die in Rheinland-Pfalz bedeutenden Süß- und Sauerkirschen im Marktbobstbau mit rund 25 bzw. 22 kg jedoch niedrigere Baumerträge als 1987. Damit unterschritten die Süßkirschen sogar den im mehrjährigen Durchschnitt erzielten Ertrag. Frühjahrsfröste und regional begrenzte Hagelschäden sowie verbreiteter Befall mit Frostspannerausen verursachten zum Teil deutliche Ertragsminderungen. Regenfälle bei der Ernte der späten Kirschensorten führten zudem zu Schäden an den Früchten, so daß der Anteil der nicht abgeernteten Süßkirschen von den Berichterstatlern mit 9% ähnlich hoch wie im Vorjahr eingeschätzt wurde.

Abgesehen von den Aprikosen, verlief die Blüte und die Entwicklung des Fruchtansatzes der übrigen Stein-

**Ertragserwartungen für Obst 1988 im Marktbobstbau**

Obstart	Erträge		
	D	1987	1988
	1982/87	kg/Baum	
Süßkirschen	27,3	26,2	24,7 <sup>1)</sup>
Sauerkirschen	21,1	24,4	22,0 <sup>1)</sup>
Äpfel	23,1	22,0	22,4
Birnen	21,3	19,0	17,5
Pflaumen/Zwetschen	32,3	28,0	25,7
Mirabellen/Renekloden	29,2	30,3	20,6
Aprikosen	17,4	19,1	9,1
Pfirsiche	16,1	14,3	15,6
Erdbeeren in dt/ha	76,3	71,4	79,0 <sup>1)</sup>

1) Endgültige Erträge.

obstarten wie auch der Birnen, zufriedenstellend. Einen vergleichsweise guten Blüteverlauf zeigten die Äpfel. Der Behang wurde bei Äpfeln im Juni im Rahmen der Bewertungsskala (1 bis 5) mit 2,3 wesentlich besser beurteilt als 1987 (3,1), während der Stand bei Birnen (2,8) dem des Vorjahres entsprach.

Nach den letzten Meldungen bestehen für Aprikosen nur geringe Ertragserwartungen. Bei Pflaumen und Zwetschen sowie Mirabellen und Renekloden ist mit deutlich unterdurchschnittlichen Baumerträgen zu rechnen. Aber auch bei Birnen wird der mehrjährige Durchschnitt anders als bei Pfirsichen und Äpfeln nicht erreicht. Nach bisherigen Meldungen kann die Apfelernte in diesem Jahr durchaus den mehrjährigen Vergleichswert noch überschreiten.

**Gute Gemüseernte bei weiterhin zufriedenstellenden Aussichten**

Zwar brachte auch im Gemüsebau die nasse Frühjahrswitterung einen verstärkten Krankheitsdruck und bei den zur Ernte anstehenden Wintergemüsearten Nässeschäden mit sich. Bei den Frühgemüsearten sorgte jedoch nach der Trockenheit im Mai die überwiegend fröhsommerliche Witterung im Juni mit ausreichenden Niederschlägen für gute Wachstumsbedingungen. Die diesjährige Ernte brachte beim Frühjahrs spinat, den frühen Möhren und den frühen Kohlarten

**Erträge ausgewählter Gemüsearten 1988**

Gemüseart	Hektarerträge		
	D	1987	1988
	1982/87	dt	
Frühjahrsspinat	188,3	193,6	191,9
Frühkohlrabi	294,1	289,2	280,0
Frühjahrskopfsalat	212,1	219,8	250,0
Spargel	35,2	31,8	36,6
Frühweißkohl	321,1	326,7	327,3
Frührotkohl	300,0	313,2	307,3
Frühwirsing	256,5	272,3	262,9
Frühblumenkohl	248,8	260,7	264,6
Frühe Möhren	232,1	248,7	254,6
Buschbohnen	99,6	95,6	104,5 <sup>1)</sup>
Stangenbohnen	143,7	143,0	144,9 <sup>1)</sup>

1) Vorschätzung.



# Beurteilung des Traubenansatzes 1988

Anbaugebiet Bereich	Schlecht		Mittel		Gut	
	1987	1988	1987	1988	1987	1988
	% der eingegangenen Berichte					
<b>Ahr</b>	–	20	80	80	20	–
<b>Mittelrhein</b>	–	–	53	36	47	64
Bacharach	–	–	67	67	33	33
Rhein-Burgengau	–	–	45	27	55	73
<b>Mosel-Saar-Ruwer</b>	5	2	57	65	38	33
Bernkastel	8	–	57	59	35	41
Obermosel	7	8	71	61	22	31
Saar-Ruwer	5	–	58	78	37	22
Zell / Mosel	–	4	46	68	54	28
<b>Nahe</b>	2	–	60	42	38	58
Bad Kreuznach	–	–	50	38	50	62
Schloß Böckelheim	3	–	66	45	31	55
<b>Rheinhessen</b>	–	–	39	57	61	43
Bingen	–	–	26	46	74	54
Nierstein	–	–	49	56	51	44
Wonnegau	–	–	43	72	57	28
<b>Rheinpfalz</b>	–	2	57	35	43	63
Südliche Weinstraße	–	–	63	31	37	69
Mittelhaardt-Deutsche Weinstraße	–	6	49	41	51	53
Rheinland-Pfalz	2	1	52	52	46	47

zumeist überdurchschnittliche Hektarerträge, die überwiegend das Vorjahresergebnis übertrafen.

Sehr gute Flächenleistungen wurden mit 250 dt je Hektar beim Kopfsalat erzielt. Auch der im Juni von den Sachverständigen beurteilte Wachstumsstand von Sommer- und Herbstkopfsalat läßt bei weiterhin günstiger Witterung überdurchschnittliche Erträge erwarten. Gut verlaufen ist in diesem Jahr auch die Ernte des Spargels. Mit 37 dt lag der Hektarertrag deutlich höher als im zu kühlen Vorjahr.

Die Ertragserwartungen für Stangenbohnen liegen, wohl zurückzuführen auf die Trockenheit, nicht wesentlich über den vorjährigen Flächenleistungen; etwas bessere bestehen für Buschbohnen. Speisezwiebeln lassen aufgrund ihres im Berichtszeitraum Mai und Juni von den Berichterstellern mit 2,8 bewerteten Wachstumsstandes gute Erträge erwarten. Ebenso zeigten die mittelfrühen und späten Gemüsearten, Wirsing sowie Weiß-, Rot- und Blumenkohl im Berichtszeitraum Mitte Juni bis Juli einen erfreulichen Entwicklungsstand (2,5 bis 2,7). Insbesondere das Wachstum der späten Möhren wurde besser als 1987 beurteilt (2,3), so daß sie ähnlich den frühen Möhren einen überdurchschnittlichen Ertrag bringen dürften, der bei weiterhin günstiger Witterung ebenso das Vorjahresergebnis übertreffen dürfte.

## 1988 – ein qualitativ besserer Weinjahrgang?

Die Reben hatten in diesem Jahr einen guten Start. Sie blieben von Winter- und Spätfrösten weitgehend verschont und die Holzreife konnte überwiegend mit gut beurteilt werden. Der Austrieb, der größtenteils Ende April /Anfang Mai erfolgte, ist in allen Weinbaugebieten gut verlaufen. Er wurde an der Nahe, in Rheinhessen und

der Rheinpfalz im Vergleich zum Vorjahr sogar besser beurteilt. Auch war in diesen südlichen Anbaugebieten der wegen der sommerlichen Maiwitterung allgemein festzustellende Entwicklungsvorsprung besonders deutlich. Allerdings wurde auch in diesem Jahr durch die feuchte Frühjahrswitterung gehäuft die Schwarzfleckenkrankheit beobachtet und im Juni über ein verstärktes Auftreten des Traubenwicklers (Heuwurm) sowie Ende Juli des Roten Brenners und der Roten Spinne berichtet. Die Ende Mai örtlichen Hagelunwetter trafen insbesondere den Bereich Mittelhaardt-Deutsche Weinstraße.

Die Gescheine waren in diesem Jahr unterschiedlich ausgebildet. Knapp 50 % der Sachverständigen stufen die Gescheinsbildung als gut ein. Der Blüteverlauf wurde hingegen von der überwiegenden Zahl der Berichtersteller als gut angesehen. Von Vorteil war die zu Anfang der zweiten Junidekade beginnende sommerliche Witterung. Die Blüte setzte Mitte Juni frühzeitig, vereinzelt sogar schon vor dem 10. Juni ein. Ihr Beginn lag damit gut zwei Wochen früher als 1987. Sie ging zwar zügig, jedoch nicht ganz so rasch zu Ende wie im Vorjahr. Im Vergleich zum letzten Jahr hielten sich die Verrieselungsschäden in Grenzen. Lediglich auf 20 % der Ertragsrebläche wurden schwache Schäden beobachtet. Der im Juli erkennbare Traubenansatz war im Landesdurchschnitt mit dem vorjährigen Stand vergleichbar. Damit dürfte auch in diesem Jahr eine Erntemenge zu erwarten sein, die unter dem Durchschnitt der letzten sechs Jahre liegt. Der Vegetationsvorsprung sowie die bisherigen Witterungsbedingungen lassen bei weiterhin reichlich Sonnenschein und günstigem Temperaturverlauf einen qualitativ guten Jahrgang erwarten.

Dr. Birgit Hübbers



# Umsatz der rheinland-pfälzischen Unternehmen

In Abständen von zwei Jahren wird der Umsatz aller in Rheinland-Pfalz ansässigen Unternehmen in der vollen wirtschaftssystematischen Untergliederung erfaßt. Als Erhebungsgrundlage der Statistik dienen die Umsatzsteuervoranmeldungen der Betriebe. Grundsätzlich muß jeder Unternehmer seine Umsätze laufend voranmelden, so daß die Vollständigkeit der Ergebnisse gewährleistet ist. Der Erhebungsbereich der Statistik ist ausschließlich nach umsatzsteuerrechtlichen Kriterien abgegrenzt.

Erhebungseinheit der Statistik ist daher jedes Unternehmen, welches für das Jahr 1986 Umsatzsteuervoranmeldungen abgegeben und dessen steuerbarer Jahresumsatz mindestens 20 000 DM betragen hat. Nicht erfaßt werden Unternehmen, die ihre landwirtschaftlichen Umsätze ausschließlich nach § 24 Abs. 1 UStG besteuern, sowie Unternehmen mit nur steuerfreien Bank- und Versicherungsumsätzen ohne Vorsteuerabzug und die Angehörigen freier Berufe mit ihren aus heilberuflicher Tätigkeit resultierenden Umsätzen. Land- und Forstwirte, die Umsätze mit Sägewerkserzeugnissen, Getränken oder alkoholischen Flüssigkeiten tätigen, werden nachgewiesen.

Die Umsatzsteuerstatistik stellt in erster Linie Unterlagen bereit, durch die die Umsatzentwicklung in den verschiedenen Wirtschaftszweigen aufgezeigt wird. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Umsatzsteuerstatistik für den gesamten Dienstleistungsbereich die einzige Materialquelle darstellt, durch die eingehende Ergebnisse über Umsätze der Unternehmen bereitgestellt werden.

## Geringe Umsatzexpansion

Im Jahre 1986 gab es in Rheinland-Pfalz 118 983 umsatzsteuerpflichtige Unternehmen. Gegenüber 1984 ist die Zahl leicht rückläufig, nachdem in den vorhergehenden Jahren ein beständiges Anwachsen zu beobachten war. Der Rückgang ist überwiegend auf steuerrechtliche

Änderungen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft zurückzuführen, während in anderen Branchen, mit Ausnahme des Baugewerbes, zum Teil deutliche Zuwächse zu verzeichnen sind. Seit Mitte 1984 wird Land- und Forstwirten ein Kürzungsanspruch gewährt, der dazu führt, daß sie weniger oder gar keine Umsatzsteuervorauszahlungen leisten müssen. Das hat insbesondere bei den Winzern bewirkt, daß sie statistisch nicht mehr erfaßt werden. Wie die Gliederung nach Größenklassen zeigt, dürfte es sich dabei überwiegend um Kleinbetriebe handeln.

Die Umkehr des Trends wurde hervorgerufen durch die kleineren Firmen mit einem Jahresumsatz von weniger als 100 000 DM, die deutlich geringer vertreten sind als in der vorhergehenden Erhebung. Die Besetzung in den darauffolgenden Größenklassen bis 1 Mill. DM ist geringfügig stärker geworden. Auch in den oberen Größenklassen ist zum Teil ein recht hoher relativer Zuwachs zu verzeichnen, der die Bedeutung der mittelständisch strukturierten Wirtschaft unterstreicht und stärkt.

Die umsatzsteuerpflichtigen Firmen erwirtschafteten 1986 ein Volumen von rund 166 Mrd. DM, das sind 1,5 % mehr als zwei Jahre zuvor. Die Umsatzsteigerung fällt zwar geringer aus als in früheren Jahren, angesichts der relativen Preisniveaustabilität in diesem Zeitraum handelt es sich nahezu um eine reale Umsatzverbesserung. Wird berücksichtigt, daß der Umsatz 1986 von weniger Betrieben als 1984 vorangemeldet worden ist, errechnet sich eine Zunahme des Absatzes um 1,8 %. In den einzelnen Größenklassen entspricht die Entwicklung des Umsatzes nahezu derjenigen bei der Zahl der Steuerpflichtigen. Ausnahmen hiervon bilden die Gruppen 50 bis 100 Mill. DM sowie 100 Mill. DM und mehr, in denen der Umsatz stärker zurückging bzw. nahezu stagnierte. Die Zahlen deuten darauf hin, daß diese Großfirmen Marktanteile an ihre kleineren Konkurrenten verloren haben. Zu beachten sind hier aber auch Sondereinflüsse, zum Beispiel sinkende Preise bei importierten Rohstoffen, die nominell zu rückläufigen Umsätzen führen können, real aber eine Verbesserung bedeuten.

Umsatzsteuerpflichtige und deren steuerbarer Umsatz nach Umsatzgrößenklassen 1984 und 1986

Umsatzgrößenklasse	Umsatzsteuerpflichtige				Steuerbarer Umsatz			
	1984	1986	Veränderung		1984	1986	Veränderung	
	Anzahl		%		Mill. DM		%	
20 000 — 50 000 DM	19 725	18 322	15,4	- 7,1	685	635	0,4	- 7,3
50 000 — 100 000 DM	22 610	22 276	18,7	- 1,5	1 649	1 627	1,0	- 1,3
100 000 — 250 000 DM	30 826	31 159	26,2	1,1	4 993	5 063	3,1	1,4
250 000 — 500 000 DM	18 522	18 812	15,8	1,6	6 578	6 680	4,0	1,6
500 000 — 1 000 000 DM	12 439	12 612	10,6	1,4	8 706	8 830	5,3	1,4
1 000 000 — 2 000 000 DM	7 212	7 525	6,3	4,3	10 061	10 496	6,3	4,3
2 000 000 — 5 000 000 DM	4 656	4 781	4,0	2,7	14 274	14 634	8,8	2,5
5 000 000 — 10 000 000 DM	1 711	1 832	1,6	7,1	11 756	12 725	7,7	8,2
10 000 000 — 25 000 000 DM	973	998	0,8	2,6	14 779	15 146	9,1	2,5
25 000 000 — 50 000 000 DM	321	340	0,3	5,9	11 231	11 904	7,2	6,0
50 000 000 — 100 000 000 DM	180	179	0,2	- 0,6	12 359	11 875	7,2	- 3,9
100 000 000 und mehr DM	137	147	0,1	7,3	66 090	66 047	39,9	- 0,1
<b>Insgesamt</b>	<b>119 312</b>	<b>118 983</b>	<b>100,0</b>	<b>- 0,3</b>	<b>163 162</b>	<b>165 663</b>	<b>100,0</b>	<b>1,5</b>



## **Umsatzsteuervorauszahlungen auf hohem Niveau**

Die Unternehmer hatten auf ihre Umsätze eine Steuervorauszahlung in Höhe von 2 782 Mill. DM zu leisten. Da das Aufkommen aus der Umsatzsteuer sowohl dem Bund als auch den Ländern zufließt, steht nicht der volle Betrag dem Land Rheinland-Pfalz zur Finanzierung seiner Aufgaben zur Verfügung. Bei der Verteilung auf die einzelnen Länder ist die Zahl ihrer Einwohner eine entscheidende Schlüsselgröße. 1986 betrug der Landesanteil an der Umsatzsteuer 1 028 Mill. DM, hinzu kam der Anteil an der Einfuhrumsatzsteuer in Höhe von 1 089 Mill. DM.

Mit Umsatzsteuer wird nach der Intention des Gesetzgebers nicht der Unternehmer belastet, sondern der Verbraucher. Der Unternehmer ist zwar Steuerschuldner, aber nicht Steuerträger, weil er von der Umsatzsteuerschuld die in der Vorphase auf ihn überwälzte Umsatzsteuer im Wege des sogenannten Vorsteuerabzugs absetzen kann, so daß im Ergebnis nur der Mehrwert besteuert wird. Tatsächlich wird also nicht die wirtschaftliche Kraft des umsetzenden Unternehmers belastet, sondern die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Verbrauchers, der privat etwas aufwendet, um sich Lieferungen oder sonstige Leistungen erbringen zu lassen. Da der Unternehmer auch die auf Investitionsgütern lastende Mehrwertsteuer als Vorsteuer absetzen kann, ist nicht das Bruttosozialprodukt Anknüpfungspunkt für die Mehrwertsteuer, sondern der Konsum.

Den größten Beitrag zu den Umsatzsteuervorauszahlungen leistete das verarbeitende Gewerbe, in dem das Holz-, Papier- und Druckgewerbe sowie das Ernährungsgewerbe und die Tabakwarenverarbeitung dominierten. Die chemische Industrie muß traditionell keine Umsatzsteuervorauszahlungen erbringen, da sich hier aufgrund des hohen Exportanteils keine Zahllast, sondern eine Erstattung ergibt.

Auf die Wirtschaftsabteilung Dienstleistungen entfallen relativ hohe Umsatzsteuervorauszahlungen, weil die abziehbare Vorsteuer wegen der niedrigen Exportquote und des wenig umfangreichen Vorleistungseinsatzes von Gütern und Waren ein geringes Volumen erreicht. Innerhalb des Dienstleistungsbereichs sind die freiberuflichen Praxen der Rechts- und Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und -berater, technischen Berater und Planer die größten Umsatzsteuerzahler, gefolgt von den Betrieben des Gastgewerbes.

## **Große Expansion im Wirtschaftsbereich Dienstleistungen**

Das verarbeitende Gewerbe ist seit jeher die umsatzstärkste Branche in Rheinland-Pfalz. Von den 19 563 Steuerpflichtigen wurden 79 Mrd. DM umgesetzt, das heißt 16 % der Firmen erwirtschafteten fast die Hälfte des gesamten Umsatzes. Die Bedeutung des verarbeitenden Gewerbes ist in den letzten zwei Jahren gestiegen, denn die Zahl der Unternehmen in diesem Bereich hat sich erhöht und zwar insbesondere bei der Elektrotechnik, Feinmechanik, der Herstellung von EBM-Waren sowie der Metallerzeugung und -bearbeitung. Die höchsten Umsatzanteile vereinigt die chemische Industrie auf sich, gefolgt von dem Stahl-, Maschinen- und Fahr-

zeugbau, den Produzenten von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen sowie dem Ernährungsgewerbe einschließlich Tabakverarbeitung.

Im Handel waren 32 453 Unternehmen tätig. Auch hier ist gegenüber 1984 ein geringfügiger Zuwachs zu verzeichnen, der sich auf die Einzelhändler konzentrierte. Die Händler stellten 27 % der Unternehmen, die 29 % des Umsatzes auf sich vereinigten.

Im Baugewerbe ist eine rückläufige Entwicklung festzustellen. Sowohl die Zahl der Bauunternehmen als auch deren Umsatz hat sich verringert. Im Jahre 1986 wurden 11 526 Betriebe mit 10 381 Mill. DM Umsatz registriert. Von der nachlassenden Baukonjunktur war insbesondere das Bauhauptgewerbe betroffen, während sich die Ausbaubetriebe gut behaupten konnten.

Die seit Jahren zu beobachtende Expansion im Wirtschaftsbereich Dienstleistungen setzte sich auch 1986 fort. Gegenüber 1984 erhöhte sich die Zahl der Unternehmen um 9,3 % auf 41 591, die 12 366 Mill. DM umsetzten. Im Gastgewerbe, mit 16 954 Betrieben der größte Zweig, war der Zuwachs ebenso wie in einigen anderen Bereichen relativ gering. Hauptwachstumsbranche neben dem Grundstücks- und Wohnungswesen, das maßgeblich von den zahlreichen Betriebsaufspaltungen profitiert, bei denen aus einem bestehenden Produktionsunternehmen Dienstleistungsfunktionen ausgegliedert und verselbständigt werden, waren die freiberuflichen Praxen der Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung und -beratung, der technischen Beratung und Planung. Ihre Zahl stieg um über 14 % auf 8 860 an, weil zahlreiche Hochschulabgänger eine selbstständige Berufstätigkeit anstrebten, zumal die Aussichten, eine Anstellung zu finden, geringer geworden sind. Durch die zunehmende Zahl von Praxen wird aber auch deren Konkurrenzsituation schwieriger. Verdeutlicht wird dies durch die Umsatzentwicklung zwischen 1984 und 1986, als sich der im Schnitt realisierte Wert der erbrachten Dienstleistungen um 2,6 % erhöhte.

## **Umsatzeinbußen bei Unternehmen mit ganzjährigen Umsätzen**

Aufschlußreich ist die Darstellung der Steuerpflichtigen mit ganzjährigen Umsätzen. Es handelt sich hierbei um Unternehmen, die sowohl 1985 als auch 1986 Umsätze getätigt haben. Dies hat den Vorteil, daß unbeeinflußt von Neugründungen, Auflösungen oder wirtschaftlichen Zusammenschlüssen bzw. Ausgliederungen für beide Jahre Angaben identischer Unternehmen verglichen werden können.

Von den insgesamt durch die Umsatzsteuerstatistik nachgewiesenen Unternehmen waren 97 656 (82 %) sowohl 1985 als auch 1986 durchgehend am Wirtschaftsprozess beteiligt. Ihr Anteil hat sich gegenüber der vorhergehenden Erhebung geringfügig verringert. Die Unternehmen erwirtschafteten 1986 einen Umsatz in Höhe von 146 Mrd. DM, das sind 0,9 % weniger als im Vorjahr.

Der Umsatzrückgang wurde hauptsächlich hervorgerufen durch den Preisverfall des Erdöls. Betroffen davon



**Umsatzsteuerpflichtige und deren steuerbarer Umsatz nach Verwaltungsbezirken 1982 – 1986**

Verwaltungsbezirk	Umsatzsteuerpflichtige			Steuerbarer Umsatz <sup>1)</sup>		
	1982	1984	1986	1982	1984	1986
	Anzahl			Mill. DM		
Kreisfreie Stadt Koblenz	3 571	3 834	3 958	6 729	6 773	7 646
Landkreise						
Ahrweiler	3 591	3 766	3 870	2 587	2 730	2 778
Altenkirchen (Ww.)	3 382	3 536	3 593	3 587	3 916	4 363
Bad Kreuznach	4 511	4 617	4 649	4 922	4 964	4 746
Bad Kreuznach, St	1 462	1 461	1 547	1 958	1 766	1 789
Birkenfeld	3 296	3 410	3 452	2 625	2 803	2 965
Idar-Oberstein, St	1 622	1 668	1 690	1 748	1 810	1 911
Cochem-Zell	2 682	2 847	2 400	1 702	1 698	1 571
Mayen-Koblenz	5 639	5 845	5 878	6 368	7 058	8 732
Andernach, St	916	988	975	1 725	1 917	1 739
Mayen, St	706	768	744	1 225	1 286	1 672
Neuwied	5 117	5 441	5 713	7 013	7 950	8 099
Neuwied, St	2 048	2 154	2 194	3 959	4 470	4 431
Rhein-Hunsrück-Kreis	2 635	2 793	2 941	2 426	2 542	2 918
Rhein-Lahn-Kreis	3 322	3 405	3 531	2 748	2 864	2 926
Lahnstein, St	550	537	545	617	623	662
Westerwaldkreis	5 344	5 652	5 971	5 404	5 857	6 308
RB Koblenz	43 090	45 146	45 956	46 112	49 154	53 054
Kreisfreie Stadt Trier	2 989	3 165	3 284	4 325	4 841	4 862
Landkreise						
Bernkastel-Wittlich	4 857	5 011	4 451	3 756	4 155	4 327
Bitburg-Prüm	2 557	2 758	2 876	2 305	2 498	2 568
Daun	1 696	1 787	1 893	1 619	1 673	1 772
Trier-Saarburg	3 737	3 941	3 365	1 985	2 251	2 274
RB Trier	15 836	16 662	15 869	13 991	15 418	15 803
Kreisfreie Städte						
Frankenthal (Pfalz)	1 038	1 079	1 120	3 101	2 578	2 848
Kaiserslautern	2 965	3 089	3 227	3 695	4 274	4 382
Landau i. d. Pfalz	1 538	1 673	1 637	1 969	2 072	2 178
Ludwigshafen a. Rhein	3 693	3 800	3 848	28 290	33 220	31 279
Mainz	4 898	5 199	5 421	11 919	15 110	12 865
Neustadt a. d. Weinstr.	1 821	1 912	1 937	1 445	1 340	1 460
Pirmasens	1 994	1 988	2 040	3 200	3 738	4 059
Speyer	1 294	1 381	1 485	1 396	1 525	1 545
Worms	2 308	2 449	2 539	2 847	3 152	3 260
Zweibrücken	954	970	1 029	949	980	1 002
Landkreise						
Alzey-Worms	3 854	4 098	3 568	5 338	5 244	5 205
Bad Dürkheim	4 045	4 275	4 382	3 091	3 439	3 700
Donnersbergkreis	1 714	1 801	1 821	1 355	1 452	1 524
Germersheim	2 611	2 742	2 808	1 464	1 571	1 651
Kaiserslautern	2 445	2 608	2 693	1 407	1 554	1 686
Kusel	1 668	1 732	1 772	1 075	1 178	1 237
Südliche Weinstraße	4 387	4 629	4 106	2 945	2 919	3 055
Ludwigshafen	3 004	3 215	3 395	2 416	2 746	3 052
Mainz-Bingen	5 462	5 867	5 372	7 840	7 782	8 051
Bingen am Rhein, St	879	944	933	2 210	1 957	2 064
Ingelheim am Rhein, St	630	659	651	2 078	2 345	2 426
Pirmasens	2 945	2 997	2 958	2 421	2 716	2 766
RB Rheinhessen-Pfalz	54 638	57 504	57 158	88 165	98 590	96 806
Rheinland-Pfalz	113 564	119 312	118 983	148 268	163 162	165 663
Kreisfreie Städte	29 063	30 539	31 525	69 866	79 602	77 387
Landkreise	84 501	88 773	87 458	78 401	83 560	88 276

1) Nettoumsatz (ohne Umsatzsteuer).



**Umsatzsteuerpflichtige, deren steuerbarer Umsatz und Umsatzsteuervorauszahlung  
nach Wirtschaftsbereichen 1986**

Wirtschaftsbereich	Umsatz- steuer- pflichtige	Steuer- barer Umsatz	Umsatz- steuer- voraus- zahlung	Steuerbarer Umsatz der Umsatz- steuerpflichtigen mit ganzjährigen Umsätzen 1985 und 1986		
				1985	1986	Ver- änderung
	Anzahl	Mill. DM				%
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	6 933	1 268	19	1 228	1 158	- 5,7
Landwirtschaft	537	219	- 2	182	180	- 1,1
Weinbau	5 423	745	8	784	705	- 10,1
Gewerbliche Gärtnerei	545	232	11	196	212	8,2
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	292	5 697	99	5 285	5 347	1,2
Verarbeitendes Gewerbe	19 563	78 972	818	74 082	72 367	- 2,3
Chemische Industrie, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen, Mineralölverarbeitung	211	29 928	- 100	33 380	29 855	- 10,6
Herstellung von Kunststoff- und Gummiwaren	397	3 293	41	3 000	3 123	4,1
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Feinkeramik, Glasgewerbe	1 266	3 256	123	2 980	3 082	3,4
Metallerzeugung und -bearbeitung	1 558	3 689	44	1 870	1 927	3,0
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau; Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungs- geräten und -einrichtungen	3 012	13 382	122	9 981	11 084	11,1
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik; Herstellung von EBM-Waren, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Schmuck; Foto- und Filmlabors	2 581	4 972	107	4 380	4 529	3,4
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	3 625	6 497	206	5 515	5 743	4,1
Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe	1 454	3 459	74	3 278	3 284	0,2
Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	5 459	10 495	202	9 697	9 740	0,4
Baugewerbe	11 526	10 381	570	8 852	9 295	5,0
Bauhauptgewerbe	4 856	6 836	368	5 715	6 041	5,7
Ausbaugewerbe	6 670	3 545	202	3 138	3 254	3,7
Handel	32 453	47 325	676	40 244	39 666	- 1,4
Großhandel	7 159	25 471	203	24 031	23 160	- 3,6
Handelsvermittlung	2 948	538	23	459	472	2,8
Einzelhandel	22 346	21 316	449	15 754	16 034	1,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	5 232	3 975	116	3 392	3 404	0,4
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	4 636	2 190	89	1 882	1 941	3,1
Spedition, Lagerei, Verkehrsvermittlung	596	1 785	28	1 510	1 463	- 3,1
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	833	4 155	- 280	2 540	2 498	- 1,7
Kreditinstitute	295	1 242	11	1 104	1 119	1,4
Versicherungsgewerbe	6	13	1	12	13	8,3
Mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundene Tätigkeiten	532	2 899	- 291	1 424	1 365	- 4,1
Dienstleistungen	41 591	12 366	761	10 162	10 644	4,7
Gastgewerbe	16 954	3 148	183	2 609	2 621	0,5
Heime (ohne Fremden-, Erholungs- und Ferienheime)	17	21	- 1	14	20	42,9
Wäscherei, Körperpflege, Fotoateliers u. a. persönliche Dienstleistungen	4 027	703	54	615	630	2,4
Gebäudereinigung, Abfallbeseitigung u. a. hygienische Einrichtungen	823	524	35	413	462	11,9
Bildung, Wissenschaft, Kultur, Sport, Unterhaltung	2 927	1 280	74	1 088	1 141	4,9
Verlagsgewerbe	173	809	33	688	791	15,0
Gesundheits- und Veterinärwesen	820	461	7	408	419	2,7
Rechtsberatung, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung und -beratung, technische Beratung und Planung, Werbung, Dienstleistungen für Unternehmen, a.n.g.	8 860	3 191	260	2 624	2 813	7,2
Sonstige Dienstleistungen	6 990	2 230	114	1 703	1 747	2,6
Organisationen ohne Erwerbszweck	444	1 038	0	902	973	7,9
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	116	489	0	448	486	8,5
Insgesamt	118 983	165 663	2 782	147 134	145 839	- 0,9

war die chemische Industrie einschließlich Mineralölverarbeitung, die fast 11 % weniger umsetzte. Die Auswirkungen zeigten sich auch beim Großhandel, bei dem sich der Absatz um 4 % reduzierte. Die Entwicklung wurde jedoch nicht allein durch den Großhandel mit Mineralölerzeugnissen bestimmt, sondern auch durch den Großhandel mit Wein. Neben den niedrigeren Preisen für das importierte Öl tritt als zweite Komponente für den Umsatzrückgang die Situation auf dem inländischen Weinmarkt hinzu. Die Weingroßhändler mußten Umsatzeinbußen von 22 % hinnehmen. Nicht ganz so groß waren die Verluste bei den Erzeugern mit 10 %, die

damit noch recht günstig abschnitten, zumal die Einzelhändler mit Wein und Spirituosen 17 % weniger umsetzten.

In den meisten Branchen war eine Umsatzsteigerung zu verzeichnen. Innerhalb des verarbeitenden Gewerbes begünstigte die große Nachfrage insbesondere den Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau, der seinen Absatz um 11 % verbessern konnte. Auch die Hersteller von Kunststoff- und Gummiwaren sowie das Holz-, Papier- und Druckgewerbe konnten mit 4 % eine gute Erhöhung des Umsatzes verbuchen, während beim Leder-, Textil-



und Bekleidungsgewerbe sowie Ernährungsgewerbe einschließlich Tabakverarbeitung die Umsätze nahezu stagnierten.

In Mainz die meisten Unternehmen ansässig

Da die Besteuerungseinheit das Unternehmen ist, werden diese in ihrer Gesamtheit, also einschließlich Zweigniederlassungen und Filialen, dem Verwaltungsbezirk zugeordnet, in dem sie ihren Sitz haben. Dies beeinträchtigt den Aussagewert der Ergebnisse in der regionalen Darstellung, da nicht in jedem Fall der Umsatz, der von den in dem Verwaltungsbezirk liegenden Betrieb erzielt wurde, nachgewiesen wird.

Unter den kreisfreien Städten wird Mainz von den Unternehmern als Firmensitz präferiert. Hier sind die meisten Unternehmen ansässig, gefolgt von Koblenz und Ludwigshafen. Mit den sie umgebenden Landkreisen stellen sie zugleich die Hauptwirtschaftszentren des Landes dar. Aufgrund ihrer überörtlichen Funktion dominieren in den kreisfreien Städten die Bereiche Handel,

Verkehr und Dienstleistungen. Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe befinden sich häufiger im Landkreisbereich.

Gravierende Strukturveränderungen zugunsten oder zu Lasten einer Region sind nicht feststellbar. In der Mehrzahl der Fälle verschieben sich die Anteilswerte innerhalb sehr kleiner Margen. Lediglich in den Landkreisen Neuwied, Westerwald und Ludwigshafen sowie in der Stadt Mainz siedelten sich gegenüber 1982 deutlich mehr Unternehmen an. In allen Fällen ist das in erster Linie auf die kräftige Expansion im Dienstleistungsbereich zurückzuführen. Der Rückgang in den Weinanbaugebieten Cochem-Zell, Bernkastel-Wittlich, Trier-Saarburg, Alzey-Worms, Südliche Weinstraße und Mainz-Bingen hat steuerrechtliche Ursachen, denn seit Mitte 1984 wird Land- und Forstwirten ein Kürzungsanspruch gewährt, der dazu führt, daß sie weniger oder gar keine Umsatzsteuer zu zahlen haben, so daß sie in einer Vielzahl von Fällen statistisch nicht mehr zu erfassen sind.

Diplom-Volkswirt Rudolf Lamping

Wohnungsmieten im Preisindex für die Lebenshaltung

Knapp die Hälfte aller rheinland-pfälzischen Haushalte sind Mieterhaushalte. Abgesehen von den wenigen Fällen von Mietfreiheit bringen diese Haushalte über die laufenden Mietzahlungen monatlich Beträge auf, die weit höher liegen als die Verbraucherpreise für andere lebenswichtige Güter. Die Mietkosten haben damit einen ganz erheblichen Einfluß auf die Entwicklung des Preisindex für die Lebenshaltung. Indexwerte speziell für das Land Rheinland-Pfalz werden seit 1961 nicht mehr berechnet, nachdem festgestellt wurde, daß die Entwicklung zwischen Bundes- und Landeswerten weitgehend parallel verläuft.

Zur Ermittlung des Teilindex Wohnungsmiete werden derzeit in Rheinland-Pfalz in elf ausgewählten Berichtsgemeinden oder in deren unmittelbarer Nähe monatlich

etwa 290 Wohnungsmieten ermittelt. Insgesamt handelt es sich um 870 Haushalte, die im vierteljährlichen Turnus befragt werden. Die bundeseinheitliche Regelung, monatlich nur jeweils ein Drittel der Mietpreise zu erfragen, hat sich als ausreichend erwiesen, da Wohnungsmieten im allgemeinen nur in größeren Zeitabständen geändert werden. Bei den Berichtsgemeinden handelt es sich um die Städte Mainz, Ludwigshafen, Koblenz, Trier, Kaiserslautern, Pirmasens, Idar-Oberstein, Landau, Bad Neuenahr-Ahrweiler, Alzey und Diez.

Bei der Berechnung des Teilindex Wohnungsmiete kommt es weniger auf die absolute Höhe der Mietpreise an, sondern vor allem auf die monatliche Veränderung des Mietpreinsniveaus. Auch ist zu beachten, daß die für die laufenden Mieterhebungen ermittelten Gewichte,

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet 1980 – April 1988

Jahr Monat	Ins- gesamt	Wohnungsmiete						
		zu- sammen	Altbauwohnungen			Neubauwohnungen nach 1948 erbaut		
			zu- sammen	vor 1924 erbaut	von 1924 bis 1948 erbaut	zu- sammen	sozialer Wohnungs- bau	frei- finanzierter Wohnungs- bau
	1980 = 100							
1980 D	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1981 D	106,3	104,4	105,0	105,1	104,9	104,2	104,6	103,9
1982 D	111,9	109,7	110,5	110,4	110,6	109,3	110,4	108,5
1983 D	115,6	115,6	117,4	117,2	117,5	114,7	117,1	112,8
1984 D	118,4	120,0	122,7	122,1	123,0	118,7	121,7	116,4
1985 D	121,0	123,9	127,1	126,4	127,5	122,3	126,6	118,9
1986 D	120,7	126,4	130,6	130,0	130,9	124,4	128,8	120,9
1987 D	121,0	128,7	133,7	132,6	134,2	126,2	130,8	122,6
1988 Januar	121,5	130,0	135,6	134,5	136,2	127,1	131,9	123,5
Februar	121,8	130,4	136,1	134,8	136,7	127,5	132,2	123,9
März	121,9	130,7	136,7	135,4	137,3	127,7	132,5	124,1
April	122,2	130,9	136,9	135,8	137,5	127,9	132,7	124,3



mit denen die Mietentwicklung der ausgewählten Wohnungen in den Preisindex eingeht, bis zur Wahl eines neuen Basisjahres konstant gehalten werden. Als Wohnungsmiete gilt die tatsächliche Wohnungsmiete einschließlich etwaiger Gemeindezuschläge, wie der Umlegung von Grundsteuern. Bei den Nebenkosten, die ebenfalls eingeschlossen sind, handelt es sich im wesentlichen um Gebühren für Kanalisation, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Kaminreinigung, Treppenbeleuchtung und Wasserverbrauch.

Für die laufenden Mietfeststellungen werden derzeit folgende Wohnungstypen mit einem Wägungsanteil am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte erfaßt:

Freifinanzierter Wohnungsbau	10,5 %
Drei-Raum-Wohnung, ohne Bad, Einzelraumheizung, bis 1948 erbaut	1,6 %
Drei-Raum-Wohnung, mit Bad/Dusche, Einzelraumheizung, bis 1948 erbaut	3,3 %
Vier-Raum-Wohnung, mit Bad/Dusche, Zentralheizung, 1949 und später erbaut	5,6 %
Öffentlich geförderter Wohnungsbau, 1949 und später erbaut	4,3 %
Drei-Raum-Wohnung, mit Bad, Einzelraumheizung	1,0 %
Drei-Raum-Wohnung, mit Bad, Zentralheizung	3,3 %

Im Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte haben die Wohnungsmieten einen Wägungsanteil von 14,8 % am gesamten Warenkorb. Durch die seit längerem erfolgende Überarbeitung der Mietenstatistik sollen neue Wohnungstypen in größerer Zahl ausgewählt werden, die den Wohnungsbestand umfassender und genauer als bisher repräsentieren. Die wichtigsten Ziele der Weiterentwicklung des Mietenindex im Rahmen der Verbraucherpreisstatistik sind neben der Einführung neuer Wohnungstypen entsprechend der

geänderten Struktur des Wohnungsbestandes hinsichtlich Ausstattung, Baualter und der regionalen Verteilung (Erweiterung der Erhebung auf zehn Wohnungstypen statt bisher fünf), eine deutliche Erhöhung der Anzahl der Preisreihen, also der in die Indexerhebung einbezogenen Wohnungsmieten.

Es wird versucht, durch Auswertung der bei den großen Rechenzentren der Wohnungswirtschaft bereits vorhandenen Datenbestände ohne Einschaltung der Gemeinden und unter minimaler Belastung der Wohnungsunternehmen eine Mietenstatistik zu erstellen. So wurde eine größere Zahl von gemeinnützigen Wohnungsunternehmen um Mitwirkung bei der Erhebung gebeten. Als vorteilhaft hat sich dabei erwiesen, nach Bundesländern getrennt vorzugehen. Entsprechend der Wohnungsstichprobe 1978 wurde festgelegt, wie viele Wohnungen für die laufende Mietenstatistik zu beobachten sind.

Die neue Stichprobe soll für die Berechnung der Mietenentwicklung im sozialen Wohnungsbau auf Bundesebene aus dem Gesamtbestand der Sozialwohnungen insgesamt etwa 10 000 Wohnungen umfassen, das sind 0,25 % des gesamten Wohnungsbestandes im sozialen Wohnungsbau. Bei der Auswahl wurden zunächst die Wohnungsunternehmen berücksichtigt, die einem Rechenzentrum angeschlossen sind. Ausgewählt wurde auf Kreisebene. Als Auswahlkriterium wurde der Wohnungsbestand der Wohnungsunternehmen herangezogen. Die Wohnungsunternehmen wurden gebeten, die Preise für 1 bis 2 % ihres Wohnungsbestandes zu melden. Sofern die Anzahl der so erfaßten Wohnungen je Kreis nicht ausreichte, wurden auch solche Unternehmen in die Erhebung einbezogen, die keinem Rechenzentrum angeschlossen sind.

Die Unternehmen der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft stehen der Erhebung positiv gegenüber. Die Beteiligungsquote beträgt etwa 50 %, bezogen auf alle erstmals angeschriebenen Unternehmen, was ange-

Kommunale Gebühren für Wasser, Abwasserbeseitigung, Müllabfuhr und Straßenreinigung für private Haushalte im Bundesgebiet 1980 – April 1988

Jahr Monat	Allgemeine Wassertarife (ohne Gewerbe- und Sondertarife)  Grund- und Arbeitspreis bei einer monatlichen Abnahmemenge von			Abwasserbeseitigung bei Abnahme einer kleineren   größeren Frischwassermenge		Müllabfuhr für die einmalige wöchentliche Leerung einer ortsüblichen Tonne mit einem kleineren   größeren Inhalt		Straßenreinigung für einen Meter Straßenfront oder für eine andere Bezugseinheit bei zwei-   sechs- maliger   maliger Reinigung in der Woche	
	6 m <sup>3</sup>	15 m <sup>3</sup>	25 m <sup>3</sup> <sup>1)</sup>	Jahresgebühr für 1 m <sup>3</sup>		Jahresgebühr			
	1980 = 100								
1980 D	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1981 D	106,2	105,9	105,8	108,7	108,7	105,3	106,1	106,7	107,7
1982 D	113,9	113,2	113,3	124,2	123,8	113,6	111,3	114,3	115,3
1983 D	118,6	116,5	116,0	134,0	133,3	119,0	116,3	117,3	116,6
1984 D	122,1	119,6	119,1	141,9	141,2	122,3	118,2	124,8	127,4
1985 D	125,3	122,4	121,8	148,3	148,1	124,5	118,8	128,4	130,6
1986 D	130,0	126,6	125,7	155,6	156,0	125,0	119,1	130,7	133,2
1987 D	133,1	130,0	129,0	162,6	163,1	131,7	127,1	134,2	136,8
1988 Januar	137,9	134,5	133,4	169,7	170,3	135,8	132,0	137,5	140,1
Februar	138,3	135,0	133,9	169,8	170,5	136,5	133,1	138,3	141,1
März	138,5	135,2	134,2	169,9	170,5	137,2	133,9	138,7	142,3
April	139,1	135,9	134,8	171,0	171,6	137,5	134,0	139,2	142,9

1) Bis einschl. Januar 1986 20 m<sup>3</sup>.



sichts der freiwilligen Auskunftserteilung als günstiges Ergebnis zu bezeichnen ist. Dagegen sind die Voraussetzungen zur Verbesserung der Mietenstatistik im Bereich des freifinanzierten Wohnungsbaus derzeit weniger günstig. Zunächst soll durch eine Pilotstudie geprüft werden, ob in zwei oder drei großen Städten genügend kooperationsbereite Wohnungseigentümer gefunden werden können.

**Altbauwohnungen in den letzten Jahren etwas stärker verteuert als Sozialwohnungen und freifinanzierte Neubauwohnungen**

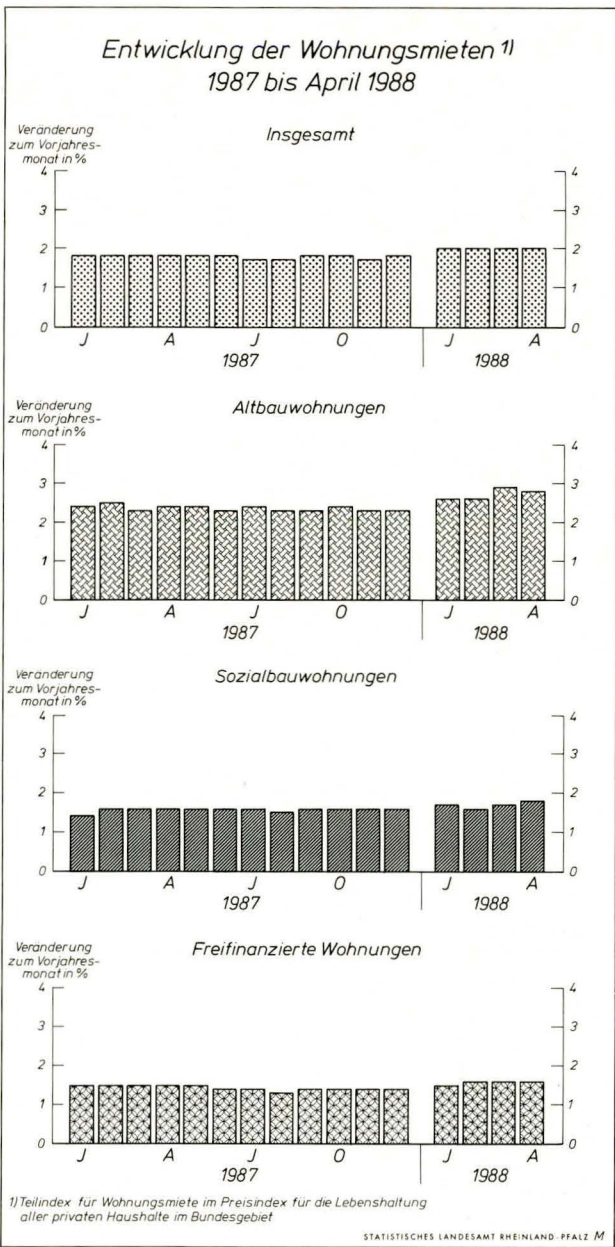
Die schon in früheren Jahren festgestellte Tendenz eines stärkeren Anstiegs des Teilindex für Wohnungsmieten gegenüber dem gesamten Verbraucherpreisniveau setzte sich auch in den letzten drei Jahren fort. Während der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte von 1980 bis April 1988 um 22 % anstieg, wobei er von 1985 bis 1987 nahezu konstant blieb, verteuerten sich die Wohnungsmieten insgesamt etwas stärker, und zwar um 31 %.

Der Anstieg des Teilindex für Wohnungsmieten flachte in den letzten Jahren ab. Betrug die Teuerungsrate 1985 noch 3,3 %, so ging sie 1986 auf 2 % und 1987 auf 1,8 % zurück. Von Januar bis April dieses Jahres sind leicht zunehmende Steigerungsraten gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat zu beobachten. Die Mieten für Altbauwohnungen erhöhten sich seit 1980 mit + 37 % kräftiger als diejenigen für Neubauwohnungen (+ 28 %). Unter den nach 1948 erbauten Neubauwohnungen verzeichneten von 1980 bis April 1988 die Mieten im sozialen Wohnungsbau mit + 33 % einen deutlich höheren Anstieg als diejenigen im freifinanzierten Wohnungsbau (+ 24 %). Im Jahre 1987 verteuerten sich die von 1924 bis 1948 erbauten Altbauwohnungen am stärksten (+ 2,5 %), eine geringere Vertéuerung erfuhren die vor 1924 erbauten Altbauwohnungen (+ 2 %), der soziale Wohnungsbau (+ 1,6 %) und der freifinanzierte Wohnungsbau (+ 1,4 %).

Während in den Ballungsgebieten oft eine starke Nachfrage nach Wohnungen besteht, die ein hohes Mietpreisniveau verursacht, lassen sich erheblich niedrigere Mietpreise in anderen Regionen feststellen. Mieterhöhungen werden häufig bei einem Mieterwechsel vorgenommen. Seit Anfang der 80er Jahre ist die Mobilität der privaten Haushalte zurückgegangen, was den Mietpreisanstieg tendenziell zusätzlich gebremst hat. Die Kosten eines Umzugs sowie die Aufgabe sozialer Kontakte im angestammten Wohngebiet hindern die nachfragenden Haushalte oft daran, eine flexible Anpassung ihrer Nachfrage an veränderte eigene Bedürfnisse oder an günstige Wohnungsangebote vorzunehmen.

**Kommunale Gebühren für Abwasserbeseitigung seit 1985 am stärksten angestiegen**

Die Mietanhebungen wurden nicht unerheblich von der Anhebung der kommunalen Gebühren beeinflusst, was sich an der Entwicklung der Gebühren für Wasser, Abwasserbeseitigung, Müllabfuhr und Straßenreinigung für private Haushalte abschätzen läßt. Seit 1980 stiegen am stärksten die Gebühren für Abwasserbeseitigung,



die im Jahre 1987 um 63 % höher lagen. Die geringste Vertéuerung in diesem Zeitraum verzeichnete die Müllabfuhr, die sich für die einmalige wöchentliche Leerung einer ortsüblichen Tonne mit großem Inhalt auf 27 % belief. Sie lag aber noch deutlich über dem Anstieg für das Verbraucherpreisniveau insgesamt. Auch von 1985 bis 1987 wurden die kommunalen Gebühren für Abwasserbeseitigung am stärksten angehoben, und zwar bei Abnahme einer kleineren Frischwassermenge um 9,6 % und einer größeren um 10 %. Ursächlich hierfür dürften nicht zuletzt die aufwendigen Investitionen der Gemeinden und Verbandsgemeinden für die Abwasserbeseitigung sein. Die allgemeinen Wassertarife (ohne Gewerbe- und Sondertarife), ausgehend von einem Grund- und Arbeitspreis, verzeichneten im gleichen Zeitraum bei unterschiedlich hohen Abnahmemengen geringere Vertéuerungen, und zwar zwischen 5,9 und 6,2 %.

Für die Müllabfuhr ergaben sich je nach Größe der ortsüblichen Tonne Preisanhebungen zwischen 5,8 und



7 %. Die Straßenreinigung verteuerte sich um 4,5 % bei zweimaliger und um 4,7 % bei sechsmaliger Reinigung in der Woche. Die Gebührenentwicklung in den ersten Monaten dieses Jahres läßt erkennen, daß die prozentualen Steigerungen auch 1988 höher ausfallen dürften, als dies für den Anstieg des Verbraucherpreisniveaus insgesamt zutrifft.

#### **Miete für freifinanzierte Drei-Zimmer-Neubauwohnungen mit Bad und Zentralheizung stieg von 1985 bis 1987 um 5 %**

Da die Erhebung der Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz nur in elf Städten erfolgt, sind die für das Land festgestellten Mietpreise nicht repräsentativ. Hinzu kommt, daß die Mieten für den gesamten Wohnungsbestand ermittelt werden und nicht mit den gegenwärtig am Wohnungsmarkt geforderten Mieten verglichen werden können. Bei letzteren handelt es sich meist um komfortable Wohnungen, die freifinanziert und entsprechend teuer sind. Die Veränderungsraten lassen zwar wegen der geringen Zahl von einbezogenen Wohnungen keine gesicherten Angaben über die Entwicklung der Mieten

zu, geben jedoch Hinweise auf die Entwicklungstendenzen.

Ein Vergleich der Mietenentwicklung der ausgewählten Wohnungstypen in Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren zeigt, daß die Nachfrage nach Altbauwohnungen mit Bad besonders ausgeprägt war. Von 1985 bis 1987 erhöhte sich der Mietpreis für Zwei-Zimmer-Altbauwohnungen mit Bad um nicht weniger als 15 %, während Zwei-Zimmer-Altbauwohnungen ohne Bad infolge der weiter gestiegenen Ansprüche an den Wohnkomfort weniger begehrt waren und die Preisanhebung mit + 7,1 % deutlich geringer ausfiel. Im sozialen Wohnungsbau verteuerten sich die Zwei-Zimmer-Neubauwohnung mit Bad und Ofenheizung von 1985 bis 1987 um 5,2 % und die Zwei-Zimmer-Neubauwohnung mit Bad und Zentralheizung um 5,9 %. Die geringste Mietpreissteigerung (+ 5 %) erfuhr die freifinanzierte Drei-Zimmer-Neubauwohnung mit Bad, Zentralheizung und Balkon oder Loggia. Seit vielen Jahren besteht eine geringere Nachfrage nach Garagen. Ihr durchschnittlicher Mietpreis stieg von 1985 bis 1987 um 1,8 %.

Diplom-Volkswirt Albrecht Wachweger

## **Arbeitskostenerhebung 1988**

### **Letzte Erhebung erfolgte für 1984**

Im Jahre 1989 findet gemäß der EG-Verordnung Nr. 1612/88 des Rates vom 9. Juni 1988 eine Erhebung der Arbeitskosten (Personalkosten) im produzierenden Gewerbe, im Groß- und Einzelhandel sowie im Bank- und Versicherungsgewerbe für das Berichtsjahr 1988 statt. Die auf repräsentativem Wege erfolgende Arbeitskostenerhebung vereinigt, ebenso wie die Erhebungen von 1984, 1981 und 1978, die früher getrennten Erhebungen für das produzierende Gewerbe sowie den Handel und das Bank- und Versicherungsgewerbe. Eine Arbeitskostenerhebung für das produzierende Gewerbe fand erstmals 1957 im Zusammenhang mit der Lohn- und Gehaltsstrukturserhebung statt. Von 1959 bis 1964 wurden EG-Erhebungen für einzelne Industriezweige durchgeführt. Seit 1966 gibt es Arbeitskostenerhebungen für das produzierende Gewerbe in dreijährlichem Turnus. Arbeitskostenerhebungen im Handel sowie im Bank- und Versicherungsgewerbe erfolgten bisher für die Jahre 1970, 1974, 1978, 1981 und 1984.

Die Verlängerung der Periodizität von bisher drei auf vier Jahre beeinträchtigt die Aktualität der Ergebnisse, sie ist aber vertretbar, da inzwischen ein verfeinertes System zur jährlichen Fortschreibung der Ergebnisse der Arbeitskostenerhebungen entwickelt wurde. Hierdurch werden aktualisierte Daten für Arbeiter und Angestellte, und zwar sowohl je geleisteter Stunde als auch je Beschäftigten ermittelt. Die Zahlen stehen derzeit für die Jahre 1985 und 1986 für das produzierende Gewerbe zur Verfügung. Die fortgeschätzten Werte für 1987 werden voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 1988 vorliegen. Eine Ausdehnung der Berechnungen auf den Dienstleistungsbereich (Groß- und Einzelhandel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe) kann derzeit noch

nicht erfolgen. Schließlich liegen für die Jahre zwischen den Erhebungen auch Schätzungen des Instituts der deutschen Wirtschaft über die Personalnebenkosten im produzierenden Gewerbe vor. Die Aussagekraft der Schätzungsergebnisse hängt auch davon ab, ob im Erhebungsjahr eine möglichst normale wirtschaftliche Situation gegeben war. Ungewöhnliche Entwicklungen im Erhebungsjahr können die Schätzung der Arbeitskosten für den gesamten Fortschreibungszeitraum beeinträchtigen.

### **Feststellung der Kosten für den Produktionsfaktor Arbeit**

Die Arbeitskostenerhebung ist eine notwendige Ergänzung der laufenden Verdiensterhebungen sowie der Gehalts- und Lohnstrukturserhebungen, da diese Statistiken auf die Bruttoverdienste beschränkt sind. Im System der Lohnstatistik hat die Arbeitskostenerhebung die Aufgabe, alle Aufwendungen der Arbeitgeber für ihre Beschäftigten einschließlich der Aufwendungen, die nicht Lohn darstellen, zu ermitteln und in einer Gliederung zu erfragen, welche die Berechnung wichtiger personalwirtschaftlicher Kennziffern, vor allem des Entgelts für geleistete Arbeit und der Personalnebenkosten ermöglicht. Weiterhin sind die Ergebnisse der Arbeitskostenerhebungen eine wertvolle Ergänzung für die Kostenstrukturserhebung, sie gehen aber auch in die Sozialbudgets ein und werden bei den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen benötigt.

Die Arbeitskostenerhebung soll ein möglichst detailliertes und umfassendes Bild über die Kosten der Unternehmen für den Produktionsfaktor Arbeit in den



Mitgliedstaaten der EG geben und außerdem Zahlenmaterial über das gesamte den Arbeitnehmern von den Unternehmen zufließende Einkommen bereitstellen. Deswegen werden in dieser Erhebung neben den Personalkosten, die gleichzeitig Arbeitnehmereinkommen darstellen, wie Sonderzahlungen, Vergütung arbeitsfreier Tage und Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen, auch die Personalkosten erfaßt, die nicht Arbeitnehmereinkommen sind. Dazu gehören Honorare für die im betrieblichen Gesundheitsdienst tätigen betriebsfremden Ärzte oder in der Aus- und Weiterbildung eingesetzte betriebsfremde Lehrkräfte.

Die Ergebnisse der Arbeitskostenerhebung werden von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften benötigt, ebenso auf nationaler Ebene von den Regierungen, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen, den regionalen Vertretungen der gewerblichen Wirtschaft, Forschungsinstitutionen und nicht zuletzt von den Unternehmen selbst. Sie ermöglichen einen Vergleich der Arbeitskosten in den Mitgliedstaaten der EG durch die Berechnung der durchschnittlichen Aufwendungen je Arbeiter bzw. je Angestellten pro Jahr oder pro Monat. Für die teilnehmenden Unternehmen gilt, daß mit den veröffentlichten Ergebnissen in der sehr detaillierten Gliederung nach Wirtschaftszweigen und Unternehmensgrößenklassen ein Branchenbild über die Höhe und Zusammensetzung der Personalkosten vorliegt, das dem einzelnen Unternehmen einen Vergleich zu seinen eigenen Verhältnissen bietet. Wesentliche Abweichungen von den Ergebnissen für den Branchendurchschnitt können Fragen nach den Ursachen der Abweichungen aufwerfen und der Unternehmensleitung wertvolle Hinweise geben.

### Nur jedes vierte Unternehmen wird befragt

Die Arbeitskostenerhebung erfolgt als Stichprobenerhebung. Neben der Kostenersparnis, dem geringeren Arbeitsaufwand in den Statistischen Ämtern und einer zügigeren Ergebnisbereitstellung sprachen dafür vor allem der Gesichtspunkt, daß es sich für die Unternehmen um eine besonders schwierige und arbeitsaufwendige Erhebung handelt, zu der nur soviel Auskunftspflichtige wie unbedingt nötig herangezogen werden sollten.

Die Erhebung 1988 entspricht von Erhebungsumfang, Erhebungsbereich und Erhebungsmerkmalen her, abgesehen von ganz geringfügigen Änderungen, der Zählung von 1984. Einbezogen werden in Rheinland-Pfalz 1 752 Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten, gegenüber 1 716 im Jahre 1984. 1 119 Unternehmen gehören zum produzierenden Gewerbe und 633 zum Dienstleistungsbereich. Der Auswahlatz beträgt 22 %. Unternehmen mit 1 000 und mehr Beschäftigten werden dabei vollständig in die Stichprobe gelangen, kleinere Unternehmen hingegen mit einem geringeren Auswahlatz, wobei die 1984 befragten Unternehmen unter Berücksichtigung des Rotationsprinzips möglichst nicht erneut herangezogen werden.

Der Versand der Erhebungsformulare wird im Januar 1989 erfolgen, wobei den auskunftspflichtigen Unternehmen etwa drei Monate Zeit zum Ausfüllen der Bogen zur Verfügung steht. Die Ergebnisse der Arbeitskostenerhebung 1988 sollen Ende 1989 für Bund und Länder publiziert werden.

Diplom-Volkswirt Albrecht Wachweger

## Diagnosendokumentation im Krankenhaus

Gemäß der am 1. Januar 1986 in Kraft getretenen Novellierung der Bundespflegesatzverordnung (BPIV) sind die Krankenhäuser verpflichtet, eine anonymisierte Diagnosenstatistik zu erstellen, die als Leistungsnachweis im Rahmen der Pflegesatzverhandlungen vorzulegen ist. Pro stationärem Aufenthalt eines Patienten in einer Fachabteilung ist die Hauptdiagnose, verschlüsselt mit einer dreistelligen Schlüsselnummer der internationalen Klassifikation der Krankheiten, 9. Revision (ICD-9), zu dokumentieren. Zusätzlich sind Angaben über durchgeführte Operationen, Verweildauer und Alter des Patienten zu machen. Die Bestrebungen nach statistischer Auswertung der in den Krankenhäusern erhobenen Diagnosen haben damit erstmals eine rechtliche Grundlage erhalten. Als Hilfsmittel für die Erstellung der Diagnosenstatistiken hat das Statistische Landesamt das Datenverarbeitungsverfahren Diagnosendokumentation im Krankenhaus (DIDOK) entwickelt. Über den Funktionsumfang des Verfahrens und den Stand der Arbeiten soll im folgenden berichtet werden.

Das Verfahren DIDOK ist im ärztlichen Bereich angesiedelt. Es unterstützt die fachabteilungsbezogene Dokumentation von Diagnosen und weiteren medizinischen Basisdaten stationär behandelter Patienten.

DIDOK hilft den Krankenhäusern nicht nur bei der Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtungen. Es bietet die Chance, innerbetrieblichen Informationsbedürfnissen, insbesondere den Belangen der medizinischen Fachabteilungen, Rechnung zu tragen.

DIDOK ist als Vor-Ort-Verfahren konzipiert und auf Rechnern der Serie Siemens 6000 unter dem Betriebssystem AMBOSS und dem Datenbanksystem DBMS ablauffähig.

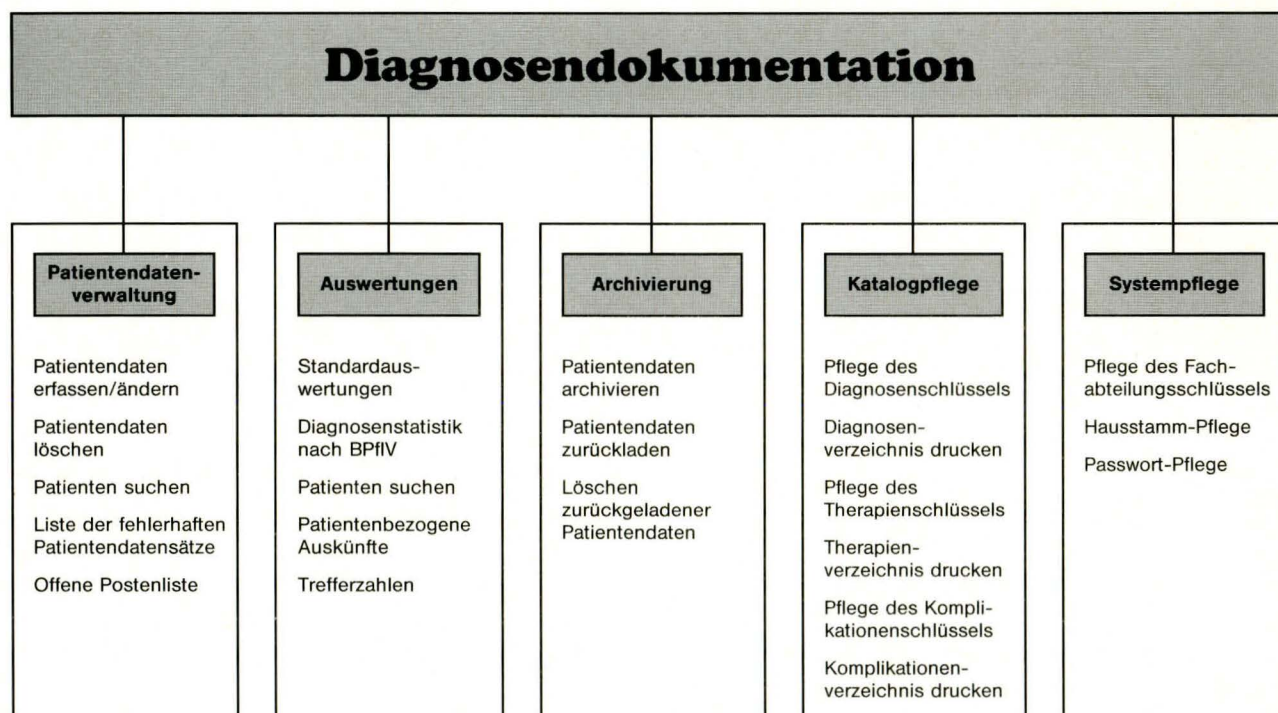
Das Verfahren besteht aus folgenden Funktionsbereichen:

- Patientendatenverwaltung
- Auswertungen/Auskünfte
- Patientendaten-Archivierung
- Katalogpflege und -ausdruck
- Systempflege.

### Patientendatenverwaltung

Die Dokumentation der Patientendaten wird fachabteilungsbezogen durchgeführt. Dies bedeutet, Gegen-





Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

stand der Dokumentation ist nicht der Gesamtaufenthalt des Patienten im Krankenhaus, sondern der Aufenthalt in einer Fachabteilung. Mehrfach verlegte Patienten ergeben für jede Fachabteilung einen gesonderten Behandlungsfall. Wird ein Patient im Verlauf seines Krankenhausaufenthaltes wiederholt in derselben Fachabteilung behandelt, so muß er jedesmal als neuer Fall dokumentiert werden.

Zur Dokumentation der DIDOK-Patientendaten wird ein Erhebungsbogen verwendet. Er ist in Bereiche für administrative Daten, Diagnose- und Therapie-Daten sowie sonstige medizinische und pflegerische Daten gegliedert.

Es besteht keine Notwendigkeit, alle vorgesehenen Merkmale zu dokumentieren. Angekreuzt bzw. ausgefüllt werden nur diejenigen Felder, die für später gewünschte Auswertungen benötigt werden.

Neben der Hauptdiagnose können bis zu vier Nebendiagnosen dokumentiert werden. Grundlage für die Diagnosenverschlüsselung ist die vierstellige Ausgabe der Internationalen Klassifikation der Krankheiten (ICD), 9. Revision. Für eine tiefergehende Untergliederung ist im Schlüssel eine krankenhausindividuell belegbare fünfte Stelle vorgesehen. Jede Diagnose kann durch einen sechsstelligen Therapieschlüssel, einen vierstelligen Komplikationsschlüssel und Zusatzangaben ergänzt werden. Der Anwender kann die Schlüssel Listen dafür selbstständig entwickeln und pflegen. Beispielverzeichnisse stehen zur Verfügung. Bei Erfassung des Belegs wird jeder Schlüssel auf Gültigkeit überprüft. Ist er dem System bekannt, wird der zugehörige Text auf dem Bildschirm dargestellt. Ein Vergleich mit der auf

dem Beleg eingetragenen Bezeichnung erlaubt eine Eingabekontrolle in Hinblick auf Zahlendreher und ähnliche Unstimmigkeiten.

Weitere Erhebungsmerkmale betreffen die Aufnahme des Patienten in die Fachabteilung, kennzeichnen den Grad seiner Pflegebedürftigkeit und geben Auskunft über die vorgesehene Weiterbehandlung nach Abgang aus der Fachabteilung. Einzelheiten sind dem Erhebungsbogen zu entnehmen.

Das Ausfüllen des Belegs erfolgt in der Regel durch den behandelnden Arzt. Die Verschlüsselung der Diagnosen, Therapien und Komplikationen kann auch von geschulten, nichtärztlichen Kräften abteilungsweit oder zentral für alle Fachabteilungen übernommen werden. Eine (stichprobenhafte) Kontrolle durch den Chefarzt oder einen damit betrauten „Dokumentationsarzt“ wäre in beiden Fällen wünschenswert.

Die ausgefüllten Belege werden am Bildschirm eingegeben. Eine Schnittstelle zum administrativen Patientenverwaltungsverfahren ermöglicht die automatische Übernahme der im Rahmen der Patientenaufnahme erfaßten Patientendaten Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum und Einzugsgebiet. Auf fehlerhaft oder unvollständig abgespeicherte DIDOK-Patientendaten-sätze wird bei Aufruf der Erfassungsfunktion und am Ende jeder Terminalsitzung hingewiesen.

Die Programme zur Erfassung, Änderung und Löschung der Datensätze werden ergänzt durch die Funktion „Patienten suchen“. Sie erlaubt, administrative Kurzinformationen einschließlich Zugangs- und Abgangsdaten über alle Behandlungsfälle mit einer be-



Entlass./Verleg.-Datum

<b>N</b>	<b>Niedergelassenen Arzt</b>
<b>A</b>	<b>Ambulanz im Hause</b>
<b>F</b>	<b>and. Fachabt. im Hause</b>
	<b>Fachabteilung</b>
<b>K</b>	<b>and. Krankenhaus (stat.)</b>
<b>P</b>	<b>Pflegeheim</b>
<b>R</b>	<b>Reha- Maßnahme</b>
<b>S</b>	<b>Sonstige Institution</b>
<b>U</b>	<b>Unbekannt</b>

**H = Heilung**  
**B = Besserung**  
**K = Keine Veränd.**  
**V = Verschlecht.**  
**T = Todesurs.**  
**A = Ausgang**  
**Verdacht**



## Diagnosendokumentation im Krankenhaus (DIDOK)

### Standard-Auswertungen

Auswertungen (absolute und prozentuale Werte) für folgende Merkmalskombinationen:

- \* Hauptdiagnose (Diagnosengruppe) / Altersklasse / Geschlecht
- \* Hauptdiagnose (Diagnosengruppe) / Geschlecht / Todesfälle
- \* Hauptdiagnose (Diagnosengruppe) / Altersklasse / Verweildauer
- \* Hauptdiagnose (Diagnosengruppe) / Aufnahme-Art
- \* Hauptdiagnose (Diagnosengruppe) / Notfälle – Unfälle
- \* Hauptdiagnose (Diagnosengruppe) / Grad der Pflegebedürftigkeit / Verweildauer
- \* Hauptdiagnose (Diagnosengruppe) / Behandlungsart
- \* Hauptdiagnose (Diagnosengruppe) / Einzugsgebiet
- \* Hauptdiagnose / durchschnittliche Verweildauer / Anzahl der Operationen / Altersklasse (Statistik nach Bundespflegesatzverordnung)
- \* Liste der 20 häufigsten Diagnosen, die als Hauptdiagnose angegeben worden sind
- \* Liste der 20 häufigsten Nebendiagnosen zu einer vorgegebenen Hauptdiagnose

stimmten Aufnahmeummer bzw. einem vorgegebenen Namen(sanfang) am Bildschirm anzuzeigen. Auf diese Weise erhält der Benutzer einen Überblick über alle gespeicherten Behandlungsabschnitte eines Patienten. Auskunft über die zugehörigen medizinischen Basisdaten ist bei vorhandener Zugriffsberechtigung möglich.

Eine weitere Funktion unterstützt die Überwachung der Vollständigkeit der Datenerhebung und -erfassung. DIDOK ermöglicht die maschinelle Erstellung einer Offenen Postenliste (Mahnliste), aus der hervorgeht, für welche Patienten nach Abgang aus einer Fachabteilung noch kein (korrekter) DIDOK-Patientendatensatz erfaßt worden ist.

### Auswertungen, Auskünfte

Dieser Verfahrenszweig stellt den Kern des Verfahrens DIDOK dar. DIDOK bietet sowohl die Möglichkeit, gespeicherte Patientensätze statistisch auszuwerten (festprogrammierte Listen) als auch patientenbezogene Auskünfte abzurufen.

Bei der Anforderung der diagnosenbezogenen statistischen Standardauswertungen, zu denen auch die Diagnosenstatistik nach Bundespflegesatzverordnung gehört, kann der Benutzer den Bereich (eine Fachabteilung oder alle Abteilungen) und einen beliebigen Auswertungszeitraum angeben. In der vorliegenden Ausbaustufe des Verfahrens stehen elf Statistiken zur Verfügung. Sie werten den Patientendatenbestand nach unterschiedlichen Merkmalskombinationen aus. Damit können Behandlungsfälle nach verschiedensten Kriterien strukturiert und beurteilt werden.

Von besonderer Bedeutung für den Arzt sind die Funktionen zum Abruf patientenbezogener Auskünfte. Sie ermöglichen ihm, aus dem Datenbestand Teilmengen zu selektieren, also nach Fällen zu suchen, die be-

stimmten, von ihm selbst festgelegten Kriterien genügen. Dazu wird ein „Suchausdruck“ definiert. Dieser besteht aus Bedingungen, die durch logisches UND und/oder ODER verknüpft werden. Die Ausgabe der Ergebnisliste erfolgt wahlweise über Bildschirm oder Drucker. Der Inhalt der Liste wird individuell vom Arzt festgelegt, das heißt, er entscheidet, welche Informationen aus den gefundenen Datensätzen dargestellt werden. Auf Wunsch wird nur die Trefferzahl ermittelt. Definierte Suchausdrücke und Ausgabelisten können gespeichert werden und sind damit bei jedem Abruf einer Auskunft beliebig miteinander kombinierbar.

Hier ein einfaches Beispiel für eine patientenbezogene Anfrage:

Gesucht werden alle Behandlungsfälle mit der Hauptdiagnose „Akuter Myokardinfarkt“ (ICD-Schlüssel 410) und einer Verweildauer von mehr als vier Wochen in der Abteilung Innere Medizin. In der Ergebnisliste sollen für jeden gefundenen Behandlungsfall die Merkmale Aufnahmeummer, Name/Vorname, Altersklasse, Pflegebedürftigkeit während der Behandlung und bei Abgang aus der Abteilung, Hauptdiagnose und Nebendiagnosen, jeweils mit Komplikationen angegeben werden.

### Patientendaten-Archivierung

Die Vor-Ort-Rechner der Krankenhäuser haben überwiegend einen recht beschränkten Plattenspeicherplatz. Folglich können die gespeicherten DIDOK-Patientendaten nur für einen relativ kurzen Zeitraum (zum Beispiel für die Dauer eines Jahres) im direkten Zugriff gehalten werden. Im Rahmen einer medizinischen Basisdokumentation sind aber auch Daten aus zurückliegenden Jahren von Interesse, etwa um Trends bei der Häufigkeit von Diagnosen verfolgen zu können. Der DIDOK-Benutzer startet daher in regelmäßigen Abständen einen Archivierungslauf. Als Auswahlparameter gibt er ein Fachabteilungskürzel und einen Stichtag an. Aus-



gelagert werden alle Patientendatensätze dieser Fachabteilung, deren Abgangsdatum kleiner als der vorgegebene Stichtag ist. Um archivierte Daten erneut auswerten zu können, müssen sie vorher in den aktuellen Patientendatenbestand zurückgeladen werden.

### **Katalogpflege und -ausdruck**

Zu den DIDOK-Erhebungsmerkmalen gehören verschlüsselte Diagnosen, Therapien, Komplikationen. Schlüssel und zugehörige Schlüsseltexte werden rechnerintern in Verzeichnissen abgespeichert. Damit stehen sie für Plausibilitätsprüfungen bei der Patientendatenerfassung zur Verfügung. Die Verzeichnisse können mit den Funktionen dieses Verfahrenszweiges gepflegt und ausgedruckt werden.

Beim Einrichten von DIDOK in einem Krankenhaus wird das Diagnosenverzeichnis, bestehend aus allen Schlüsseln der dreistelligen ICD-9 mitgeliefert. Erweiterungen um Schlüssel mit vier oder fünf Stellen sind möglich. Die vierte Stelle wird entsprechend der vierstelligen ICD belegt oder bleibt frei. In die 5. Stelle kann ein beliebiges Zeichen eingetragen werden. Als Grundlage für ein Therapienverzeichnis wird auf Wunsch der allgemeine Teil des von Otto Scheibe entwickelten Katalogs zur Verschlüsselung der Therapien chirurgischer Disziplinen in das System eingespielt. Er setzt sich aus einem Topik-Teil und einem Eingriffsarten-Teil zusammen. Zusätzlich zu oder anstatt dieser Systematik kann sich der Anwender ein eigenes Verzeichnis aufbauen, zum Beispiel in Anlehnung an die GOÄ.

### **Systempflege**

Dieser Funktionsbereich ist dem DIDOK-Systemadministrator vorbehalten. Er wird bei der Erstinstallation des Verfahrens zum Festlegen der gültigen Fachabteilungsschlüssel, zum Einrichten des Hausstamms und zur Definition der Passwörter benötigt, im übrigen zur Pflege und zum Ausdruck dieser Systemdaten.

### **Datenschutz**

Da im Rahmen von DIDOK sehr sensitive Daten verarbeitet werden, kommt dem Datenschutz eine besondere Bedeutung zu. DIDOK ist als Vor-Ort-Verfahren konzipiert, das heißt, die erfaßten Daten verlassen das Krankenhaus nicht. Sie werden im Krankenhausrechner in den DIDOK-Datenbankrelationen gespeichert – getrennt von den Datenbeständen des administrativen Patientenverwaltungsverfahrens. Die Speicherung des Patientennamens kann auf Wunsch unterbleiben.

Der Schutz vor unberechtigter Benutzung des Verfahrens DIDOK ist auf mehreren Ebenen gewährleistet:

#### *(1) Anmeldung des Bedieners*

Bei Beginn einer Terminalsitzung muß der Bediener ein Kennzeichen und sein Passwort eingeben, um sich

damit als berechtigter DIDOK-Benutzer auszuweisen. Nur wenn das System die eingegebenen Informationen als korrekt akzeptiert, erscheint auf dem Bildschirm das DIDOK-Hauptmenü zur Auswahl des gewünschten Funktionsbereiches.

#### *(2) Funktionskontrolle*

Die Berechtigung zur Benutzung von DIDOK kann für den einzelnen Benutzer auf einen oder mehrere Funktionsbereiche bzw. Teile davon eingeschränkt sein. Versuche, Funktionen anzuwählen, für die man keine Zugangsberechtigung besitzt, scheitern.

#### *(3) Zugriffskontrolle*

Jedem Benutzer, der DIDOK-Patientendaten verwalten, auswerten oder archivieren darf, wird Zugriffsberechtigung auf die Datensätze einer (oder mehrerer) Fachabteilung(en) erteilt. Die Zugriffskontrolle verhindert den unberechtigten Zugriff auf Patientendaten.

Beispiel: Der Benutzer mit dem Passwort UWXYZ darf die Daten der Fachabteilung Chirurgie (Patientendatensätze mit dem Fachabteilungskürzel CH) patientenbezogen abrufen. Versucht er, Datensätze anderer Fachabteilungen abzurufen, wird eine Fehlermeldung ausgeblendet.

Die Zuordnung der Funktions- und Zugriffsberechtigungen zu den einzelnen Passwörtern geschieht durch den DIDOK-Systemadministrator mit Hilfe der Funktion Passwort-Pflege im Funktionsbereich Systempflege. Dieser Verfahrenszweig ist durch ein eigenes Passwort geschützt.

### **Stand der Verfahrensentwicklung**

Das fachliche Konzept des vorgestellten Verfahrens wurde in enger Kooperation mit mehreren Krankenhäusern entwickelt. Besonders die Fachabteilung Innere Medizin des Kreiskrankenhauses Rhein-Hunsrück in Simmern hat einen wesentlichen Beitrag hierzu geleistet. In diesem Haus erfolgte 1986 auch der Ersteininsatz des Verfahrens.

Aufgrund der Erfahrungen während der modellhaften Erprobung des Verfahrens im Kreiskrankenhaus Simmern und im Städtischen Krankenhaus Kaiserslautern wurde DIDOK erweitert und optimiert. Seit Januar 1988 steht das Verfahren für den Breitereinsatz zur Verfügung. Inzwischen dokumentieren fünf der dem Statistischen Landesamt angeschlossenen Krankenhäuser die Daten ihrer stationären Patienten unter Verwendung von DIDOK bzw. werden in Kürze damit beginnen. Weitere Häuser haben ihr Interesse daran bekundet, DIDOK zu einem späteren Zeitpunkt einzusetzen.

Es ist beabsichtigt, in regelmäßigen Abständen DIDOK-Anwendersitzungen durchzuführen, um Ärzten und Verwaltungsfachleuten einen Erfahrungsaustausch über die effektive Nutzung der Diagnosendokumentation und des ihnen dafür zur Verfügung stehenden „Werkzeugs“ DIDOK zu ermöglichen.



## Erwartungen

Mit der am 1. Januar 1986 in Kraft getretenen Novellierung der Bundespflegesatzverordnung wurde den Krankenhausträgern erstmals die Erstellung einer anonymisierten Diagnosenstatistik vorgeschrieben. Die Statistik soll die Informationsbasis über die im Krankenhaus erbrachten Leistungen verbreitern und somit eine bessere Beurteilung der Selbstkosten ermöglichen. Damit wurde ihr im Rahmen der Verhandlungen zwischen Krankenhaus- und Kostenträgern zur Festlegung der Budgets bzw. Pflegesätze eine wichtige Aufgabe zugewiesen.

Im Bemühen, den Erstellungsaufwand für die Diagnosenstatistik möglichst gering zu halten, hat der Verordnungsgeber die Krankenhäuser zu einer Minimaldokumentation verpflichtet. Das Verfahren DIDOK geht über die Anforderungen der Bundespflegesatzverordnung hinaus und entschärft dadurch zwei wesentliche Kritikpunkte an der vorgeschriebenen Statistik. Die gemäß Bundespflegesatzverordnung vorgesehene Beschränkung auf die Hauptdiagnose schränkt die Aussagefähigkeit der Ergebnisse stark ein. DIDOK erlaubt daher (erzwingt jedoch nicht) die zusätzliche Dokumentation von bis zu vier Nebendiagnosen pro Fall, ergänzt um Therapien, Komplikationen und weitere Zusatzinformationen. Die vorgeschriebene Verschlüsselung nach der dreistelligen ICD ist für eine detaillierte Untersuchung zu grob. DIDOK ermöglicht die Verwendung eines fünfstelligen Diagnosenschlüssels auf der Basis der ICD-9.

DIDOK kann genauere Aussagen über das Leistungsspektrum und den Leistungsumfang der einzelnen Abteilungen bereitstellen. Daraus lassen sich Informationen über die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlichen Personal- und Sachmittel ableiten. So kann eine Diagnosenstatistik erzeugt werden, die für jede Diagnosengruppe den Anteil der Behandlungsfälle mit hoher, mittlerer und geringer Pflegebedürftigkeit aufzeigt und eine Beziehung zwischen dem Grad der Pflegebedürftigkeit und der Verweildauer herstellt. Die Ergebnisse können nicht nur bei den Pflegesatzverhandlungen herangezogen werden. Sie verbessern auch die Entscheidungsgrundlagen für die innerbetriebliche Planung und Steuerung, zum Beispiel für Personalbedarfsplanungen, Investitionsentscheidungen und organisatorische Festlegungen.

DIDOK ermöglicht – unter Beachtung der Datenschutzbestimmungen – auch gezielten Zugriff auf die gespeicherten Daten eines bestimmten Patienten und gibt Hinweise zum Wiederauffinden der Krankenakte. Damit kann man Übersichten über alle Patienten, die zur Nachuntersuchung aufgefordert werden sollen, oder Unterstützung bei der Bearbeitung wissenschaftlicher Fragestellungen erhalten. Wochenlanges Durchsuchen aller Krankengeschichten, etwa im Rahmen einer Habilitation, kann damit unterbleiben oder abgekürzt werden. Voraussetzung hierfür ist ein übersichtliches Krankentabellarchiv. Die Auswertungsmöglichkeiten in DIDOK

können damit gegebenenfalls auch Anstoß für eine Verbesserung der Archiv-Organisation sein.

Weiterhin wird erwartet, daß DIDOK Hilfestellung bei der Qualitätssicherung und Qualitätskontrolle der medizinischen, vor allem der operativen Behandlungen leistet. Dabei ist die Dokumentation und Erfassung der Operationen und der anschließend aufgetretenen Komplikationen von großer Bedeutung.

Schließlich unterstützt DIDOK den Einstieg in epidemiologische Betrachtungsweisen. Es können Lernprozesse in Gang gesetzt werden und Interesse an der Art der Aussagegewinnung aus statistischen Auswertungen geweckt werden. Als Beispiel für eine derartige Fragestellung sollen mögliche Abhängigkeiten zwischen einzelnen Diagnosen bzw. Diagnosengruppen genannt werden. Erleiden zum Beispiel Tumorkranke häufiger einen Herzinfarkt als Patienten, die nicht an einem Tumor erkrankt sind?

Der dem Verfahren zugrundeliegende Merkmalskatalog erhebt nicht den Anspruch, allen zukünftigen Informationsbedürfnissen gerecht zu werden. Zunächst geht es vor allem darum, praktische Erfahrungen mit der Dokumentation und Auswertung medizinischer Basisdaten zu gewinnen. Mit verlässlichen Aussagen kann nur gerechnet werden, wenn die medizinischen Basisdaten einen möglichst hohen Grad an Richtigkeit und Vollständigkeit erreicht haben. Voraussetzung hierfür ist vor allem die aktive Mitarbeit der Ärzte, die bei entsprechender Motivation erreichbar ist. Wichtig ist daher die Ausrichtung auf den Informationsbedarf der medizinischen Fachabteilungen.

Für die Zukunft ist zu erwarten, daß Diagnosenstatistiken eine wachsende Bedeutung zukommen wird, nicht nur für krankenhausinterne Aufgaben und im Zusammenwirken der Krankenhausträger und Kostenträger, sondern auch für übergeordnete Zwecke. Sekundärstatistische Auswertungen auf der Basis anonymisierter Daten könnten die Grundlagen von gesundheitspolitischen Entscheidungen verbessern. Auch wissenschaftlich fundierte Aussagen über Häufigkeit, Verbreitung und Tendenzen von stationär zu behandelnden Krankheiten mit dem daraus abzuleitenden Bedarf und den Kosten können nur mit Hilfe aktueller Morbiditätsbetrachtungen erarbeitet werden. Voraussetzung für aussagefähige Sekundärstatistiken sind möglichst valide Grunddaten in ausreichender Menge. Schon heute sind die Krankenhausträger des Landes Rheinland-Pfalz nach § 35 (1) Landeskrankenhausgesetz zu Auskünften für die Krankenhausplanung verpflichtet. Insbesondere gehören dazu anonymisierte, nach Altersgruppen und Krankheiten gegliederte Angaben über die Anzahl der Patienten sowie über Mehrfachaufnahmen, Haupt- und Nebendiagnosen. Die in dem Entwurf der Krankenhausstatistik-Verordnung nach § 28 Krankenhausfinanzierungsgesetz vorgesehene Diagnosenstatistik stellt ebenfalls einen Schritt in diese Richtung dar.

Diplom-Informatikerin Monika Drabner



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1986	1987				1988			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
<b>Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit</b>										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	3 612	3 608	3 608	3 605	3 606	...	...	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungs-bewegung</b>										
* Eheschließungen <sup>1)</sup>	Anzahl	1 901	1 992	1 854	2 940	2 726	1 689 <sup>p</sup>	1 477 <sup>p</sup>	3 025 <sup>p</sup>	2 548 <sup>p</sup>
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,3	6,6	6,3	9,6	9,2	5,5 <sup>p</sup>	5,0 <sup>p</sup>	9,9 <sup>p</sup>	8,6 <sup>p</sup>
* Lebendgeborene <sup>2)</sup>	Anzahl	3 098	3 148	2 951	3 189	3 324	3 558 <sup>p</sup>	3 040 <sup>p</sup>	...	...
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,3	10,5	10,0	10,4	11,2	11,6 <sup>p</sup>	10,3 <sup>p</sup>	...	...
* Gestorbene <sup>3)</sup> (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 601	3 501	3 479	3 389	3 356	3 887 <sup>p</sup>	3 399 <sup>p</sup>	...	...
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,0	11,6	11,7	11,1	11,3	12,7 <sup>p</sup>	11,5 <sup>p</sup>	...	...
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene <sup>3)</sup>	Anzahl	27	29	32	24	23	23 <sup>p</sup>	26 <sup>p</sup>	...	...
* je 1000 Lebendgeborene <sup>4)</sup>	Anzahl	8,8	9,1	10,8	7,5	6,9	6,8 <sup>p</sup>	8,4 <sup>p</sup>	...	...
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 503	- 353	- 528	- 200	- 32	- 329 <sup>p</sup>	- 359 <sup>p</sup>	...	...
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 1,7	- 1,2	- 1,8	- 0,7	- 0,1	- 1,1 <sup>p</sup>	- 1,2 <sup>p</sup>	...	...
<b>Wanderungen</b>										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	6 416	6 478	5 819	6 941	5 910	...	...	...	...
* Fortgezogene	Anzahl	6 215	6 326	5 843	9 554	4 714	...	...	...	...
* Wanderungssaldo	Anzahl	202	152	- 24	- 2 613	1 196	...	...	...	...
* Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>5)</sup>	Anzahl	10 379	10 036	9 863	11 781	8 198	...	...	...	...
<b>Arbeitsmarkt</b>										
* Arbeitslose	Anzahl	119 432	116 602	116 238	107 029	104 386	124 213	111 963	104 845	101 630
* Männer	Anzahl	63 608	61 911	62 513	55 625	52 878	69 175	58 222	52 653	49 810
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	9 332	.	.	.	6 500	11 380	.	.	5 624
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	40 978	.	.	.	36 954	43 594	.	.	34 879
Arbeitslosenquote	%	8,3	8,1	8,1	7,5	7,3	8,6	7,7	7,2	7,0
Offene Stellen	Anzahl	7 144	8 317	8 865	8 847	9 100	9 518	9 204	9 555	9 611
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	.	.	.	.	659	952	.	.	652
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	.	.	.	.	3 048	2 722	.	.	3 313
Kurzarbeiter	Anzahl	11 261	11 005	14 970	9 900	7 639	17 441	13 828	8 266	5 700
Männer	Anzahl	8 689	8 803	11 836	7 471	5 815	14 677	11 069	6 199	4 096
<b>Landwirtschaft</b>										
<b>Schlachtmengen<sup>6)</sup></b>										
	t	14 792	14 684	14 737	14 302	14 647	15 088	13 120	14 714	12 912
* Rinder	t	4 937	4 695	4 764	4 468	4 377	4 788	3 772	4 170	3 808
* Kälber	t	30	32	49	27	30	39	21	29	25
* Schweine	t	9 712	9 832	9 769	9 686	10 111	10 089	9 196	10 367	8 956
<b>Milch</b>										
* Milchherzeugung	1000 t	80	73	80	88	82	67	72	81	78
* an Molkereien geliefert	%	94,6	94,2	94,7	95,3	95,7	93,3	94,5	95,3	95,7
<b>Produzierendes Gewerbe</b>										
<b>Verarbeitendes Gewerbe<sup>7)</sup></b>										
Betriebe	Anzahl	2 614	2 584	2 588	2 585	2 583	2 585	2 598	2 604	2 608
* Beschäftigte	1000	367	365	363	363	363	364	364	364	365
* Arbeiter <sup>8)</sup>	1000	253	250	249	248	249	248	248	248	249
* Geleistete Arbeiterstunden	1000	35 393	34 730	35 550	34 414	33 054	37 635	34 464	34 453	33 910
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 307	1 357	1 260	1 255	1 421	1 297	1 313	1 309	1 482
* Löhne	Mill. DM	760	783	721	727	810	751	737	758	843
* Gehälter	Mill. DM	547	574	539	528	611	546	576	551	639
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 028	1 007	983	970	965	1 108	1 021	1 043	1 068
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 782	6 913	7 041	6 778	6 811	7 924	7 214	7 465	7 596
* Auslandsumsatz	Mill. DM	2 408	2 495	2 559	2 424	2 498	3 001	2 765	2 786	2 901

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 8) Einschl. gewerblich Auszubildender.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1986	1987				1988			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
<b>Produktionsindex</b> (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	101	102	106	107	110	101	111	113	...
ohne Bauhauptgewerbe	1980 = 100	103	104	106	107	108	106	114	115	...
Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	102	103	105	107	108	104	113	115	114 <sup>p</sup>
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	107	110	111	113	114	112	126	125	122 <sup>p</sup>
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1980 = 100	85	76	85	92	92	67	94	96	99 <sup>p</sup>
Chemische Industrie	1980 = 100	117	123	121	126	125	125	135	133	137 <sup>p</sup>
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	98	95	98	101	106	97	103	118	110 <sup>p</sup>
Maschinenbau; Büro-maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1980 = 100	100	99	92	102	118	103	104	117	118 <sup>p</sup>
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1980 = 100	94	87	98	99	96	85	95	97	99 <sup>p</sup>
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	97	97	101	100	98	101	104	100	102 <sup>p</sup>
Herstellung von Schuhen	1980 = 100	82	74	74	74	63	79	73	64	61 <sup>p</sup>
* Nahrungs- und Genußmittel-gewerbe	1980 = 100	106	111	111	105	111	102	107	120	119 <sup>p</sup>
Bauhauptgewerbe	1980 = 100	87	87	103	107	122	67	90	96	...
<b>Öffentliche Energieversorgung</b>										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	410	642	379	398	374	1 133	945	1 112	...
Strombezug <sup>1)</sup>	Mill. kWh	2 294	2 053	2 153	2 162	2 014	1 730	1 692	1 452	...
Stromlieferungen <sup>1)</sup>	Mill. kWh	865	822	747	752	742	930	819	817	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 839	1 873	1 784	1 808	1 646	1 934	1 818	1 747	...
Gasverbrauch	Mill. m <sup>3</sup>	338	386	347	342	293	452	344	314	...
<b>Handwerk <sup>2)</sup></b>										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	96	95	.	.	.	88	.	.	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	146	148	.	.	.	125	.	.	...
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>										
<b>Bauhauptgewerbe</b>										
* Beschäftigte	Anzahl	61 864	60 061	60 161	61 002	61 847	55 824 <sup>p</sup>	57 352 <sup>p</sup>	58 445 <sup>p</sup>	59 209 <sup>p</sup>
Facharbeiter	Anzahl	31 338	30 687	30 336	30 869	35 585	28 561 <sup>p</sup>	29 146 <sup>p</sup>	29 852 <sup>p</sup>	32 725 <sup>p</sup>
Fachwerker und Werker	Anzahl	15 347	15 097	15 248	15 686	12 073	13 485 <sup>p</sup>	14 418 <sup>p</sup>	14 818 <sup>p</sup>	12 902 <sup>p</sup>
* Geleistete Arbeitsstunden	1000	7 109	6 993	8 034	7 921	8 976	5 934 <sup>p</sup>	6 549 <sup>p</sup>	7 364 <sup>p</sup>	7 610 <sup>p</sup>
Privater Bau	1000	4 371	4 234	4 726	4 767	4 722	3 781 <sup>p</sup>	3 938 <sup>p</sup>	4 435 <sup>p</sup>	4 557 <sup>p</sup>
*  Wohnungsbau	1000	2 651	2 433	2 680	2 795	2 772	2 098 <sup>p</sup>	2 294 <sup>p</sup>	2 577 <sup>p</sup>	2 756 <sup>p</sup>
Landwirtschaftlicher Bau	1000	34	41	42	58	51	1 131 <sup>p</sup>	18 <sup>p</sup>	29 <sup>p</sup>	31 <sup>p</sup>
*  Gewerblicher und industrieller Bau	1000	1 686	1 760	2 004	1 914	1 899	1 552 <sup>p</sup>	1 626 <sup>p</sup>	1 829 <sup>p</sup>	1 770 <sup>p</sup>
*  Öffentlicher und Verkehrsbau	1000	2 738	2 759	3 308	3 154	4 255	2 153 <sup>p</sup>	2 611 <sup>p</sup>	2 929 <sup>p</sup>	3 053 <sup>p</sup>
Hochbau	1000	670	608	622	595	1 539	534 <sup>p</sup>	557 <sup>p</sup>	567 <sup>p</sup>	649 <sup>p</sup>
Tiefbau	1000	2 068	2 151	2 686	2 559	2 716	1 619 <sup>p</sup>	2 054 <sup>p</sup>	2 362 <sup>p</sup>	2 404 <sup>p</sup>
Straßenbau	1000	1 134	1 271	1 575	1 561	1 618	836 <sup>p</sup>	1 082 <sup>p</sup>	1 274 <sup>p</sup>	1 281 <sup>p</sup>
Löhne und Gehälter	Mill. DM	176	174	180	181	187	146 <sup>p</sup>	164 <sup>p</sup>	184 <sup>p</sup>	192 <sup>p</sup>
*  Löhne	Mill. DM	146	143	150	151	157	117 <sup>p</sup>	134 <sup>p</sup>	153 <sup>p</sup>	160 <sup>p</sup>
*  Gehälter	Mill. DM	30	31	30	30	30	29 <sup>p</sup>	30 <sup>p</sup>	31 <sup>p</sup>	32 <sup>p</sup>
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	511	532	401	520	553	446 <sup>p</sup>	442 <sup>p</sup>	522 <sup>p</sup>	598 <sup>p</sup>

1) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.



## Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1986	1987				1988			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
<b>Baugenehmigungen</b>										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	742	713	925	814	825	770	789	857	922
* mit 1 Wohnung	Anzahl	536	584	756	681	680	648	653	715	741
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	161	98	138	109	111	100	106	107	129
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	45	31	31	24	34	22	30	35	52
* Umbauter Raum	1000 m³	720	669	874	762	765	731	745	801	895
* Wohnfläche	1000 m²	119	109	145	120	125	116	121	128	148
Wohnräume	Anzahl	5 567	5 041	6 701	5 545	5 838	5 383	5 489	5 887	6 698
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	232	216	279	243	250	237	240	259	288
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	2	1	2	1	–	–	–	–	2
Unternehmen	Anzahl	120	115	113	103	127	107	134	111	169
Private Haushalte	Anzahl	621	597	810	710	698	663	655	746	751
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	165	160	133	157	157	158	168	136	189
* Umbauter Raum	1000 m³	638	659	427	593	614	710	771	482	759
* Nutzfläche	1000 m²	109	110	81	111	108	115	131	86	130
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	147	133	89	173	143	113	146	112	117
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	32	32	28	34	32	26	53	15	26
Unternehmen	Anzahl	127	125	102	118	123	127	110	118	160
Private Haushalte	Anzahl	5	3	3	5	2	5	5	3	3
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 308	1 108	1 413	1 211	1 289	1 115	1 150	1 283	1 529
<b>Handel und Gastgewerbe</b>										
<b>Ausfuhr (Spezialhandel)</b>										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 443	2 484	2 584	2 450	2 454	...	...	...	...
* EG-Länder <sup>1)</sup>	Mill. DM	1 300	1 371	1 483	1 350	1 402	...	...	...	...
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	196	209	233	207	200	...	...	...	...
Dänemark	Mill. DM	52	50	64	44	50	...	...	...	...
Frankreich	Mill. DM	326	337	354	331	360	...	...	...	...
Griechenland	Mill. DM	21	23	24	24	24	...	...	...	...
Großbritannien	Mill. DM	224	235	238	216	228	...	...	...	...
Irland	Mill. DM	9	8	9	9	8	...	...	...	...
Italien	Mill. DM	221	236	261	243	253	...	...	...	...
Niederlande	Mill. DM	175	183	207	190	187	...	...	...	...
Spanien	Mill. DM	63	74	77	72	77	...	...	...	...
Portugal	Mill. DM	13	16	16	16	15	...	...	...	...
USA und Kanada	Mill. DM	180	164	168	160	146	...	...	...	...
Japan	Mill. DM	51	48	43	45	48	...	...	...	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	310	299	299	278	288	...	...	...	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	120	118	115	126	124	...	...	...	...
<b>Einfuhr (Generalhandel)</b>										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 441	1 464	1 533	1 358	1 503	...	...	...	...
EG-Länder <sup>1)</sup>	Mill. DM	857	882	952	841	905	...	...	...	...
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	174	164	185	157	171	...	...	...	...
Dänemark	Mill. DM	22	22	26	23	23	...	...	...	...
Frankreich	Mill. DM	204	200	222	172	202	...	...	...	...
Griechenland	Mill. DM	7	10	8	13	15	...	...	...	...
Großbritannien	Mill. DM	75	83	94	75	87	...	...	...	...
Irland	Mill. DM	5	3	3	3	3	...	...	...	...
Italien	Mill. DM	140	146	147	144	147	...	...	...	...
Niederlande	Mill. DM	182	205	223	215	215	...	...	...	...
Spanien	Mill. DM	39	40	36	34	33	...	...	...	...
Portugal	Mill. DM	8	9	8	7	9	...	...	...	...
USA und Kanada	Mill. DM	87	82	84	79	71	...	...	...	...
Japan	Mill. DM	69	83	86	84	114	...	...	...	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	184	172	169	141	174	...	...	...	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	46	45	44	36	53	...	...	...	...

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1986	1987				1988			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
<b>Einzelhandel</b>										
Beschäftigte	1986 = 100	95	101	101	100	100	100	100	100	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	112	103	108	99	98	110	102	106	...
<b>Großhandel</b>										
Beschäftigte	1980 = 100	95	...	...	...	...	...	...	...	...
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	117	...	...	...	...	...	...	...	...
<b>Gastgewerbe</b>										
Beschäftigte	1986 = 100	105	101	102	106	102	98	102	105	105
Teilbeschäftigte	1986 = 100	115	104	107	112	106	104	109	116	112
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	112	99	100	112	108	86	96	106	111
Beherbergungsgewerbe	1986 = 100	130	100	95	116	112	84	97	111	117
Gaststättengewerbe	1986 = 100	101	98	105	109	106	87	96	102	107
<b>Fremdenverkehr</b>										
in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1000	437	453	396	575	569	279	399	560	...
* Ausländer	1000	105	108	85	127	148	50	84	127	...
* Fremdenübernachtungen	1000	1 565	1 607	1 427	1 874	2 040	997	1 361	1 863	...
* Ausländer	1000	342	355	260	365	449	143	243	370	...
<b>Verkehr</b>										
<b>Binnenschifffahrt</b>										
* Güterempfang	1000 t	1 533	1 520	1 651	1 555	1 495	1 100	1 684	1 585	...
* Güterversand	1000 t	944	950	1 019	963	1 066	710	1 095	1 052	...
<b>Straßenverkehr</b>										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 402	15 420	20 779	18 134	16 831	20 285	18 558	17 215	17 086
Krafträder	Anzahl	518	499	1 781	865	603	1 190	1 379	1 144	782
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	14 067	14 048	17 766	16 277	15 211	17 889	16 139	15 016	15 194
* Lastkraftwagen	Anzahl	512	579	728	609	883	738	650	628	719
Zugmaschinen	Anzahl	209	218	300	256	306	236	287	277	245
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
	Anzahl	10 354	10 608	9 496	11 423	11 073	11 303	9 937	11 573	...
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 657	1 617	1 594	1 856	1 879	1 519	1 676	2 059	1 915 <sup>P</sup>
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 697	8 991	7 902	9 567	9 194	9 784	8 261	9 514	...
Verunglückte Personen	Anzahl	2 230	2 177	2 074	2 553	2 553	2 004	2 272	2 822	2 595 <sup>P</sup>
* Getötete	Anzahl	48	42	40	46	49	26	39	48	43
Pkw-Insassen	Anzahl	28	22	20	26	23	22	22	27	24
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	8	7	10	7	10	1	7	13	13
Radfahrer	Anzahl	3	3	2	3	4	—	4	3	3
Fußgänger	Anzahl	8	8	8	6	8	3	6	4	1
Schwerverletzte	Anzahl	658	617	566	753	720	497	646 <sup>P</sup>	780 <sup>P</sup>	745 <sup>P</sup>
Pkw-Insassen	Anzahl	340	342	244	393	376	309	344	376	...
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	149	118	163	177	185	64	139	223	...
Radfahrer	Anzahl	62	55	72	64	72	21	70	82	...
Fußgänger	Anzahl	86	83	74	105	62	79	74	80	...
<b>Geld und Kredit</b>										
<b>Zahlungsschwierigkeiten</b>										
* Konkurse <sup>1)</sup>	Anzahl	82	80	84	100	65	88	61	75	79
Angemeldete Forderungen	1000 DM	51 034	45 767	73 970	40 068	20 608	19 571	42 740	39 223	17 246
* Vergleichsverfahren	Anzahl	—	0	—	1	—	—	—	1	—
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	699	587	535	584	688	538	512	632	480
* Wechselsumme	1000 DM	5 812	4 146	3 681	3 639	5 419	4 738	3 736	3 574	3 022

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.



## Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1986	1987				1988			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
<b>Kredite und Einlagen <sup>1)</sup></b> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	82 106	84 531	82 521	82 656	82 986	85 004	85 361	85 712	86 648
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	80 239	82 443	80 612	80 720	81 052	82 944	83 290	83 612	84 537
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	14 794	14 189	14 631	14 414	14 585	14 188	14 197	14 009	14 748
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	14 343	13 909	14 105	13 933	14 212	13 850	13 906	13 791	14 449
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	451	280	525	482	373	338	290	218	299
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	7 811	7 135	7 444	7 401	7 385	7 028	6 981	7 226	7 184
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	6 624	6 235	6 405	6 380	6 353	6 109	6 074	6 326	6 307
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 187	900	1 038	1 021	1 032	919	907	900	877
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	57 634	61 119	58 537	58 905	59 082	61 727	62 112	62 377	62 604
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	47 201	50 266	47 868	48 117	48 425	50 814	51 128	51 273	51 536
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	10 434	10 853	10 670	10 788	10 657	10 913	10 984	11 105	11 068
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	74 877	79 944	75 330	76 676	76 487	79 095	79 536	80 877	80 754
* Sichteinlagen	Mill. DM	10 448	11 013	10 020	10 697	10 599	10 290	10 705	11 295	11 422
* Termingelder	Mill. DM	26 136	28 315	26 641	27 297	27 112	28 016	28 064	28 849	28 620
* Spareinlagen	Mill. DM	38 293	40 617	38 668	38 682	38 777	40 789	40 767	40 734	40 711
* Gutschriften auf Sparkonten <sup>2)</sup>	Mill. DM	1 846	1 847	1 583	1 586	1 570	1 783	1 543	1 525	1 563
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 635	1 657	1 621	1 572	1 475	1 846	1 564	1 558	1 585
<b>Steuern</b>										
<b>Steueraufkommen nach Steuerarten</b>										
* Gemeinschaftsteuern	1000 DM	1 350 174	1 455 533	818 678	1 389 907	1 708 569	1 605 775	962 208	1 390 424	1 744 211
* Steuern vom Einkommen	1000 DM	975 488	1 013 291	430 552	926 274	1 355 778	1 246 297	477 242	937 751	1 348 138
* Lohnsteuer	1000 DM	676 863	710 348	480 128	861 533	566 920	472 528	509 568	860 770	553 960
Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	1000 DM	123 189	128 269	–	348 043	–	–	–	340 787	–
* Veranlagte Einkommensteuer	1000 DM	123 887	123 070	– 67 343	– 31 095	387 053	405 418	– 53 513	– 39 039	393 355
* Kapitalertragsteuer	1000 DM	27 068	29 130	17 528	13 968	13 704	7 339	6 933	21 529	21 363
* Körperschaftsteuer	1000 DM	147 670	150 743	239	81 868	388 101	361 012	14 254	94 491	379 460
Einnahmen aus der Körperschaftsteuererlegung	1000 DM	42 721	33 271	–	75 812	–	–	–	59 333	–
* Steuern vom Umsatz	1000 DM	374 686	442 243	388 126	463 633	352 791	359 478	484 966	452 673	396 073
* Umsatzsteuer	1000 DM	226 169	296 547	226 373	320 669	235 624	219 619	303 062	300 792	228 980
* Einfuhrumsatzsteuer	1000 DM	148 517	145 696	161 753	142 964	117 167	139 859	181 904	151 881	167 093
* Bundessteuern	1000 DM	128 372	131 998	110 445	125 542	144 117	160 867	116 095	118 253	133 086
* Zölle	1000 DM	10 164	10 975	11 955	12 280	9 712	11 610	16 398	11 969	13 869
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1000 DM	114 805	117 493	96 050	109 998	132 357	143 124	96 551	103 910	113 786
* Landessteuern	1000 DM	87 446	86 069	81 024	114 767	79 931	87 231	89 044	121 331	82 689
* Vermögensteuer	1000 DM	14 509	17 520	5 677	43 082	3 054	6 654	10 973	48 202	2 452
* Kraftfahrzeugsteuer	1000 DM	48 972	43 680	55 993	47 919	51 686	53 281	52 432	50 564	47 987
* Biersteuer	1000 DM	6 142	6 164	5 025	6 359	6 400	5 388	5 987	5 749	7 508

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute, ohne Landeszentralbank, Kreditgenossenschaften bis einschließlich November 1985, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie Postscheck- und Postsparkassenämter; ohne durchlaufende Kredite. – 2) Einschl. Zinsgutschriften.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1986	1987				1988			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Gemeindesteuern <sup>1)</sup>	1000 DM	507 992	504 330	.	.	529 991	530 461	.	.	.
* Grundsteuer A	1000 DM	7 970	8 139	.	.	9 733	6 970	.	.	.
* Grundsteuer B	1000 DM	92 789	93 871	.	.	107 486	88 671	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1000 DM	357 652	353 821	.	.	361 793	382 169	.	.	.
Grunderwerbsteuer	1000 DM	36 489	35 193	.	.	32 635	39 688	.	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1000 DM	809 251	872 582	571 439	828 377	981 897	951 852	663 578	820 142	993 559
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1000 DM	427 688	444 139	184 318	400 854	606 340	557 304	204 416	407 245	603 020
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1000 DM	243 552	287 463	252 286	301 367	231 440	233 666	315 232	294 242	257 453
* Steuereinnahmen des Landes	1000 DM	698 834	746 669	470 206	731 022	898 847	833 211	563 873	767 436	818 642
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1000 DM	425 346	441 524	182 689	398 126	605 049	554 964	199 680	401 911	600 643
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1000 DM	176 403	210 094	182 103	217 515	213 867	191 001	247 314	243 792	135 310
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände <sup>1)</sup>	1000 DM	814 965	826 186	.	.	804 994	893 673	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) <sup>2)</sup>	1000 DM	304 361	300 720	.	.	307 267	325 701	.	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1000 DM	360 265	374 957	.	.	329 529	419 680	.	.	.
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1980 = 100	120,7	121,0	121,0	121,1	121,3	121,9	122,2	122,4	122,6
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	117,6	117,0	117,9	118,3	118,0	116,9	117,4	117,6	118,2
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk <sup>3)</sup>	1980 = 100	116,2	118,6	.	118,5	.	.	120,9	.	.
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	16,72	17,48	17,32	.	.	.	18,12	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	17,57	18,34	18,17	.	.	.	19,02	.	.
* Facharbeiter	DM	18,46	19,27	19,09	.	.	.	20,01	.	.
* Angelernte Arbeiter	DM	16,87	17,58	17,41	.	.	.	18,13	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	14,93	15,55	15,40	.	.	.	16,21	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	12,48	12,95	12,85	.	.	.	13,33	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	12,21	12,72	12,65	.	.	.	13,21	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	40,7	40,6	40,6	.	.	.	40,7	.	.
* Männliche Arbeiter	Std.	41,0	40,9	40,9	.	.	.	41,1	.	.
* Weibliche Arbeiter	Std.	39,2	39,0	39,0	.	.	.	39,1	.	.
Angestellte										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 219	4 368	4 321	.	.	.	4 545	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 776	3 907	3 883	.	.	.	4 083	.	.
* männlich	DM	4 495	4 651	4 623	.	.	.	4 860	.	.
* weiblich	DM	2 946	3 053	3 029	.	.	.	3 173	.	.
* Technische Angestellte	DM	4 609	4 772	4 701	.	.	.	4 939	.	.
* männlich	DM	4 714	4 883	4 812	.	.	.	5 058	.	.
* weiblich	DM	3 277	3 399	3 336	.	.	.	3 514	.	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	2 868	3 008	2 985	.	.	.	3 043	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 858	2 997	2 970	.	.	.	3 030	.	.
* männlich	DM	3 452	3 596	3 581	.	.	.	3 637	.	.
* weiblich	DM	2 373	2 487	2 449	.	.	.	2 525	.	.

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 3) Ohne Baunebenleistungen.



## Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1986	1987				1988			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>										
Bevölkerung am Monatsende	1000	61 066	...	61 143	61 149	61 155	...	...	...	...
Eheschließungen <sup>1)</sup>	Anzahl	31 001	31 825 <sup>p</sup>	21 906 <sup>p</sup>	29 759 <sup>p</sup>	48 029 <sup>p</sup>	15 600 <sup>p</sup>	25 453 <sup>p</sup>	23 945 <sup>p</sup>	49 482 <sup>p</sup>
Lebendgeborene <sup>2)</sup>	Anzahl	52 164	53 396 <sup>p</sup>	51 885 <sup>p</sup>	51 103 <sup>p</sup>	52 221 <sup>p</sup>	53 812 <sup>p</sup>	59 995 <sup>p</sup>	51 481 <sup>p</sup>	57 989 <sup>p</sup>
Gestorbene <sup>3)</sup> (ohne Totgeborene)	Anzahl	58 491	57 170 <sup>p</sup>	61 431 <sup>p</sup>	56 392 <sup>p</sup>	54 533 <sup>p</sup>	56 759 <sup>p</sup>	61 739 <sup>p</sup>	56 686 <sup>p</sup>	58 779 <sup>p</sup>
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 6 327	- 3 774 <sup>p</sup>	- 9 546 <sup>p</sup>	- 5 289 <sup>p</sup>	- 2 312 <sup>p</sup>	- 2 947 <sup>p</sup>	- 1 744 <sup>p</sup>	- 5 205 <sup>p</sup>	- 790 <sup>p</sup>
Arbeitslose	1000	2 228	2 229	2 412	2 216	2 099	2 517	2 440	2 262	2 149
Männer	1000	1 200	1 207	1 396	1 216	1 120	1 434	1 382	1 219	1 132
Arbeitslosenquote	%	9,0	8,9	9,6	8,8	8,3	9,9	9,6	8,9	8,4
Offene Stellen	1000	154	171	180	179	181	174	190	193	196
Kurzarbeiter	1000	197	278	463	302	222	350	424	261	198
Männer	1000	164	231	406	246	168	298	370	211	156
<b>Produzierendes Gewerbe <sup>4)</sup></b>										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	105	103	106	104	103	100	111	105	104
ohne Baugewerbe	1980 = 100	107	102	108	103	101	102	112	104	103
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	107	102	107	104	102	101	112	104	104
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	99	99	101	101	102	100	108	105	106
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	118	105	112	107	104	104	115	107	106
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	97	103	111	104	100	104	116	105	102
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1980 = 100	105	100	97	98	95	94	102	95	97
Baugewerbe	1980 = 100	87	106	73	120	123	72	84	114	120
<b>Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe</b>										
Beschäftigte	1000	7 063	7 054	7 045	7 035	7 027	6 993	7 006	6 993	7 001
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	663	645	654	667	637	654	711	641	639
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	122 358	123 074	126 630	123 124	117 939	121 165	139 085	126 656	125 749
Auslandsumsatz	Mill. DM	36 359	36 518	38 822	36 987	34 761	37 627	43 168	37 621	38 235
<b>Öffentliche Energieversorgung</b>										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	28 814	29 549	33 385	27 692	26 479 <sup>p</sup>	32 450 <sup>p</sup>	34 470 <sup>p</sup>	...	...
Gaserzeugung	Mill. m <sup>3</sup>	2 676	2 790	2 904	2 804	3 144	2 935	3 475	...	...
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1000	1 003	985	935	988	1 003	894	903	955 <sup>p</sup>	969 <sup>p</sup>
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	107	103	74	117	117	73	86	106 <sup>p</sup>	116 <sup>p</sup>
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 711	8 841	5 369	7 121	8 408	5 698	7 011	7 478 <sup>p</sup>	8 871 <sup>p</sup>
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	9 668	9 121	9 838	9 918	10 520	8 016	10 131	11 337	11 731
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	9 022	8 568	9 322	9 367	9 904	7 526	9 570	10 708	11 051
Wohnfläche	1000 m <sup>2</sup>	1 583	1 450	1 524	1 565	1 667	1 281	1 594	1 802	1 852
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 517	2 536	2 357	2 359	2 712	2 043	2 424	2 679	2 956
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	18 264	15 897	16 407	16 726	17 804	13 828	16 738	18 876	19 563
<b>Handel</b>										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	117,3	120,3 <sup>p</sup>	116,5	129,3	114,5	110,0 <sup>p</sup>	131,6 <sup>p</sup>	125,6 <sup>p</sup>	...
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	113,3	...	...	...	...	...	...	...	...

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1986	1987			1988			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	43 864	43 918	47 064	43 919	43 314	...	...	...
EG-Länder insgesamt <sup>1)</sup>	Mill. DM	22 286	23 123	25 204	23 673	22 581	...	...	...
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	3 098	3 240	3 566	3 352	3 119	...	...	...
Frankreich	Mill. DM	5 194	5 301	5 964	5 577	5 275	...	...	...
Großbritannien	Mill. DM	3 716	3 845	4 013	3 813	3 695	...	...	...
Italien	Mill. DM	3 573	3 838	4 283	3 955	3 728	...	...	...
Niederlande	Mill. DM	3 788	3 841	4 138	3 890	3 683	...	...	...
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	34 517	34 123	36 926	35 030	32 762	...	...	...
EG-Länder insgesamt <sup>1)</sup>	Mill. DM	18 023	17 955	19 998	18 886	17 501	...	...	...
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	2 455	2 427	2 781	7 214	2 410	...	...	...
Frankreich	Mill. DM	3 924	3 958	4 241	4 456	3 813	...	...	...
Großbritannien	Mill. DM	2 481	2 434	2 641	2 514	2 439	...	...	...
Italien	Mill. DM	3 175	3 267	3 666	3 144	2 985	...	...	...
Niederlande	Mill. DM	3 984	3 746	4 347	3 908	3 750	...	...	...
<b>Geld und Kredit <sup>2)</sup></b> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)									
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	2 069 <sup>r</sup>	2 145	2 053	2 052	2 058	2 146	2 158	2 161
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 592 <sup>r</sup>	1 643	1 582	1 581	1 583	1 638	1 649	1 651
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	478 <sup>r</sup>	502	471	471	475	508	509	510
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	1 481 <sup>r</sup>	1 583	1 477	1 476	1 493	1 580	1 573	1 580
Spareinlagen	Mrd. DM	670 <sup>r</sup>	707	677	678	678	713	712	713
<b>Steuern</b>									
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	28 196	29 448	34 183	21 036	19 838	23 417	35 251	22 788
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	18 545	19 171	25 947	11 053	9 999	11 752	26 534	11 679
Lohnsteuer	Mill. DM	12 686	13 681	10 862	11 316	12 210	11 549	11 335	11 867
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 490	2 558	7 732	- 1 305	- 708	- 211	7 861	- 839
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	9 262	9 900	8 228	9 175	9 554	11 628	8 713	10 194
Umsatzsteuer	Mill. DM	4 882	5 615	3 931	4 661	5 227	7 587	4 036	5 255
Bundessteuern	Mill. DM	4 696	4 772	4 760	4 257	4 789	4 819	4 928	4 650
Zölle	Mill. DM	437	462	473	477	458	425	540	626
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 910	3 964	3 941	3 492	4 008	3 502	4 041	3 715
<b>Preise</b>									
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel <sup>3)</sup>	1980 = 100	108,4	103,9	104,8	104,8	104,6	103,8	103,9	104,0
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte <sup>3)</sup>	1980 = 100	97,2	93,9	95,7	95,3	93,9	94,1	94,2	92,5
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte <sup>3)</sup>	1985 = 100	97,5	95,1	94,9	94,6	94,7	95,4	95,5	95,8
Preisindex für Wohngebäude									
Bauleistungen insgesamt	1980 = 100	116,8	119,2	.	.	119,1	120,2	.	.
Bauleistungen am Bauwerk <sup>4)</sup>	1980 = 100	116,2	118,6	.	.	118,5	119,7	.	.
Preisindex für den Straßenbau	1980 = 100	104,8	105,8	.	.	105,9	106,4	.	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1980 = 100	120,7	121,0	120,7	121,0	121,1	121,8	121,9	122,2
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	117,6	117,0	117,4	117,9	118,3	117,1	116,9	117,4
Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	120,6	122,2	121,9	122,0	122,0	123,2	123,3	123,5
Wohnungsmieten	1980 = 100	126,4	128,7	128,1	128,3	128,4	130,4	130,7	130,9
Energie (ohne Kraftstoffe)	1980 = 100	116,4	106,1	106,0	105,1	104,7	103,2	102,4	103,4
Übriges für die Haushaltsführung	1980 = 100	119,1	120,5	120,1	120,3	120,4	121,4	121,6	121,7
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1980 = 100	121,5	122,8	122,5	122,6	122,8	123,4	123,7	123,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1980 = 100	118,3	119,5	118,5	119,7	119,8	120,0	120,5	121,1
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1980 = 100	117,8	119,1	119,5	119,2	119,1	121,3	121,1	121,0
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1980 = 100	130,1	132,6	131,5	131,5	131,5	135,5	136,0	135,9

1) Nach dem Stand vom 1.1.1986. – 2) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 4) Ohne Baunebenleistungen.



**Kräftige Nachfragesteigerung insbesondere im Bekleidungs-gewerbe**

Die Auftragseingänge der rheinland-pfälzischen Industrie- und Handwerksbetriebe lagen im ersten Halbjahr 1988 mit + 8,7 % deutlich über dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Einer erhöhten Auslandsnachfrage (+ 16 %) stand eine Zunahme der Inlandsbestellungen um 4,4 % gegenüber. Die höchste Zuwachsrate verzeichnete das Investitionsgüter produzierende Gewerbe (+ 13 %), wozu der Straßenfahrzeugbau einschließlich Schiff-, Luft- und Raumfahrzeugbau (+ 16 %) sowie die Hersteller von Maschinenbauerzeugnissen (+ 13 %) maßgeblich beitrugen. Unter den anderen Wirtschaftszweigen registrierten das Bekleidungs-gewerbe (+ 20 %), die Elektrotechnik (+ 15 %), der Steine- und Erdensektor (+ 13 %), die Chemie (+ 11 %) und die Kunststoffwarenhersteller (+ 11 %) besonders hohe Steigerungsraten. Weniger Neuaufträge verzeichneten die Druckereien (- 13 %) und der Feinmechanikbereich (- 6,5 %). fu

**800 000 l Bier von Rheinland-Pfalz nach den Kanarischen Inseln**

Rheinland-pfälzische Urlauber brauchen auch im Ausland nicht auf Bier aus ihrer engeren Heimat zu verzichten. Der Bierexport aus Rheinland-Pfalz belief sich im Jahre 1987 auf 9 Mill. l für 11 Mill. DM. Davon gingen 1,6 Mill. l nach Frankreich, 1,5 Mill. nach Italien, 1,4 Mill. nach Belgien und Luxemburg, 1,3 Mill. nach Spanien und je 800 000 nach Österreich sowie den Kanarischen Inseln. Zu den wichtigsten Kunden zählen auch die USA und die Schweiz mit 600 000 bzw. 400 000 Mill. l Bier.

Außerdem wurden 6,2 Mill. l Branntwein rheinland-pfälzischer Herstellung exportiert. Der Wert belief sich auf 12,2 Mill. DM. Gemessen am Absatz von Wein - 240 Mill. l für 648 Mill. DM - war der Anteil dieser Alkohola-llika allerdings gering. sr

**Rheinland-pfälzische Ferienzentren sind gefragt**

Im Mai 1988 kamen fast 26 000 Gäste, darunter mehr als 14 000 Ausländer, in die rheinland-pfälzischen Ferienzentren. Im Vergleich zum Mai 1987 sind dies 13,4 % mehr. Die Zahl der ausländischen Gäste erhöhte sich sogar um 20 %.

Auch von Januar bis Mai 1988 zeigt sich eine erfreuliche Entwicklung. Für diesen Zeitraum verzeichneten die Ferienzentren in Rheinland-Pfalz gegenüber 1987 sowohl bei der Zahl der Ankünfte (+ 8,7 %) als auch bei

der Anzahl der Übernachtungen (+ 6,7 %) Wachstumsraten. Es wurden insgesamt 476 000 Übernachtungen registriert.

Ein ähnlich guter Verlauf ergibt sich für die Privatquartiere. Mit über 642 000 Übernachtungen von Januar bis Mai 1988 verzeichneten sie eine Zunahme von 5,6 %. kl

**Gäste und Übernachtungen im Mai 1988 auf hohem Niveau**

Im Mai 1988 übernachteten in den rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsbetrieben 560 474 Gäste, darunter 127 430 Ausländer. Gegenüber Mai 1987 verringerte sich die Gästezahl um 2,4 %, die Zahl der Ausländer erhöhte sich um 0,5 %.

Die Zahl der Übernachtungen sank nach den Berechnungen um 0,6 % auf 1 863 375, während die Übernachtungen der ausländischen Gäste gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat um 1,5 % auf 370 309 anstiegen. Die durchschnittlichen Aufenthaltsdauer der rheinland-pfälzischen Gäste hat sich seit Mai 1987 leicht erhöht. Damit konnten die Zahlen der guten Fremdenverkehrssaison 1987 annähernd erreicht werden. kl

**Weit über die Hälfte aller Fahrzeuge vom TÜV beanstandet**

Im Jahre 1987 wurden von den Prüfstellen des Technischen Überwachungsvereins (TÜV) und den anderen Stellen der Verkehrssicherheitsüberwachung in Rheinland-Pfalz rund 849 000 Kraftfahrzeuge und 61 000 Fahrzeuganhänger auf ihre Verkehrssicherheit untersucht. Das sind knapp 7 % weniger Fahrzeuge aber 6 % mehr Anhänger als im Vorjahr.

Rund 43 % aller Fahrzeuge und Anhänger waren mangelfrei, 35 % wiesen geringe und 22 % erhebliche Mängel auf. 2 473 Fahrzeuge waren verkehrsunsicher und mußten stillgelegt werden. Bei drei Viertel der geprüften Fahrzeuge handelte es sich um Personenkraftwagen, von denen 59 % Mängel aufwiesen. In der Gruppe der untersuchten Busse, Lastkraftwagen und Sonderfahrzeuge waren 38 % ohne Mängel.

Knapp 30 % aller festgestellten Beanstandungen entfielen auf Fahrgestell und Antrieb, jeweils rund 20 % betrafen die Bremsanlage und die Beleuchtungseinrichtungen. gr



**Nur noch 7 % der neu zugelassenen Personenwagen nicht schadstoffreduziert**

Im Mai 1988 wurden in Rheinland-Pfalz 15 016 neue Personenkraftwagen erstmals zum Verkehr zugelassen. Das sind 7,7 % weniger als im Mai 1987. Von diesen Fahrzeugen erfüllten 35 % die strenge US-Norm, 31 % die Europa-Norm und 27 % wurden als bedingt schadstoffarm nach Stufe A, B oder C eingestuft. Von den Diesel-Personenwagen erfüllten 91 % die US- oder Euro-norm.

Nur jeweils 7 % der fabrikneuen Personenwagen mit Benzin- bzw. Dieselmotor kamen ohne Schadstoffreduzierung in den Verkehr. Im Mai 1987 hatten noch 21 % der Personenwagen-Käufer auf eine Abgasentgiftung bzw. -reduzierung verzichtet. gr.

**27 % weniger Tote auf Autobahnen**

Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden auf rheinland-pfälzischen Straßen ist im ersten Halbjahr 1988 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 11 % gestiegen. Dennoch war die Zahl der Verkehrstoten rückläufig (-2,5 %), speziell bei Unfällen auf Bundesautobahnen (-27 %).

Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres ging die Zahl der Getöteten Bundesautobahnen im ersten Quartal 1988 um 47 % und im zweiten Quartal um 6,7 % zurück. Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden stieg im ersten Quartal 1988 wesentlich stärker als im zweiten Quartal 1988 (+ 19 bzw. + 6 %). kl

**Im Mai 212 Personenschaden-Unfälle durch Alkohol**

Im Mai 1988 registrierten die rheinland-pfälzischen Polizeidienststellen 11 573 Straßenverkehrsunfälle. Das sind 1,3 % mehr als im gleichen Vorjahresmonat. Bei 2 059 Unfällen mit Personenschaden (+ 11 %) wurden 48 Menschen getötet (+ 4,3 %) und 2 774 verletzt (+ 11 %), davon 780 schwer (+ 3,6 %). Leicht rückläufig (-0,6 %) entwickelte sich die Zahl der reinen Sachschaden-Unfälle (9 514).

Die Mehrzahl der verletzten Verkehrsteilnehmer verunglückten als Fahrer oder Mitfahrer von Personenwagen (1 627) und Motorrädern bzw. -rollern (487). Es folgen Radfahrer (306) und Fußgänger (210). Die häufigsten von der Polizei ermittelten Unfallursachen bei Unfällen mit Personenschaden waren nicht angepaßte Geschwindigkeit in 722 Fällen, Vorfahrtsfehler (404) und Fehler beim Abbiegen, Wenden und Rückwärtsfahren (333). Alkoholeinfluß wurde in 212 Fällen festgestellt. gr

**185 000 Neuzulassungen im Jahre 1987**

Im Jahre 1987 wurden in Rheinland-Pfalz rund 185 000 neue Kraftfahrzeuge erstmals zum Verkehr zugelassen. Das entspricht etwa dem Vorjahresergebnis (+ 0,1 %).

Während deutlich weniger Motorroller (-22 %) und Krafträder (-2,7 %) zugelassen wurden, konnte bei den Personenwagen mit knapp 169 000 Fahrzeugen das sehr hohe Vorjahresergebnis erneut erreicht werden.

Deutliche Steigerungen gab es bei den Neuzulassungen von Ackerschleppern (+ 5 %), Lastkraftwagen (+ 8,3 %) und Kombifahrzeugen (+ 9,5 %). Mit mehr als 20 000 neu zugelassenen Kombis errechnet sich für diese Fahrzeuge das bisher höchste Jahresergebnis. gr

**Brummis fahren ins Plus  
Ludwigshafen und Mayen-Koblenz sind Zentren des Güterfernverkehrs mit Lkw**

Der Güterfernverkehr mit Lastkraftwagen erreichte in Rheinland-Pfalz im Jahre 1986 ein Verkehrsaufkommen von 42,4 Mill. t (+ 4 %). Von der transportierten Gütermenge wurden 24,2 Mill. t verladen (+ 3,7 %) und 18,2 Mill. t entladen (+ 4,4 %). 22 % der Güter gingen nach Nordrhein-Westfalen, 13 % nach Baden-Württemberg, 9,4 % nach Hessen und 19 % ins Ausland. Von den entladenen Gütern kamen 26 % aus Nordrhein-Westfalen, je 11 % aus Baden-Württemberg und Hessen und 17 % aus dem Ausland.

Beim Versand waren landwirtschaftliche Erzeugnisse und Futtermittel mit 28 % am stärksten beteiligt. Es folgen Fahrzeuge, Maschinen und sonstige Halb- und Fertigwaren mit 24 %, Steine und Erden mit 22 % sowie chemische Erzeugnisse mit 16 %.

Der Empfang betraf fast zu einem Drittel Fahrzeuge, Maschinen und sonstige Halb- und Fertigwaren. Es folgen landwirtschaftliche Erzeugnisse und Futtermittel (24 %), Steine und Erden (19 %) sowie chemische Erzeugnisse (12 %).

Zugenommen hat im Jahre 1986 insbesondere der Versand von Mineralölserzeugnissen (+ 12 %) und von Fahrzeugen, Maschinen und sonstigen Halb- und Fertigwaren (+ 10 %). Beim Empfang lagen die Zuwachsraten der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnisse (+ 9 %) und der Fahrzeuge, Maschinen und sonstigen Halb- und Fertigwaren (+ 8,4 %) vorn. Der Versand von Düngemitteln war rückläufig (-16 %), ebenso wie der Empfang von festen mineralischen Brennstoffen (-12 %).

Zentren des Güterfernverkehrs mit Lkw sind die Stadt Ludwigshafen (Umschlag 4,6 Mill. t) und der Landkreis Mayen-Koblenz (Umschlag 4,2 Mill. t). schm



### **32 neue Pkw-Fahrlehrer Jeder zweite muß wiederholen**

Im Jahre 1987 wurden von den Prüfungsausschüssen der Fahrlehrer in Rheinland-Pfalz 153 Prüfungen zur Erlangung einer Fahrlehrerlaubnis durchgeführt. Das sind 13 % mehr als im Vorjahr.

Von den 66 Prüfungen zur Erteilung einer Fahrlehrerlaubnis der Klasse 3 (Pkw) wurden 32 (48 %) bestanden, bei der Klasse 1 (Motorräder) betrug der Anteil 47 % (26 von 55), und von den 32 Bewerbern um eine Erlaubnis der Klasse 2 (Lkw) waren 22 Prüflinge (69 %) erfolgreich. Damit lagen die Durchfallquoten in allen drei Klassen jedoch deutlich höher als 1986.

Insgesamt wurde knapp die Hälfte aller Erst- und ein Drittel der Wiederholungsprüfungen nicht bestanden. gr

### **Weniger Fahrgäste im öffentlichen Personenverkehr**

Die 160 größeren rheinland-pfälzischen Straßenverkehrsunternehmen – es handelt sich um die Unternehmen mit wenigstens sechs Bussen und um den Busdienst der Deutschen Bundesbahn – beförderten im ersten Vierteljahr 1988 insgesamt 65 Mill. Personen. Das sind 5 Mill. oder 7,3 % weniger als im gleichen Vorjahresquartal. Die eingesetzten Fahrzeuge legten zusammen 39 Mill. Wagen-Kilometer zurück (+ 2,8 %). Die Einnahmen stiegen um 2,5 % auf 78 Mill. DM.

Vom Rückgang der Beförderungsleistung waren alle Unternehmensarten betroffen. Die stärkste Einbuße verzeichnete die Deutsche Bundesbahn mit – 15 %. Es folgen die kommunalen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen (– 3,2 %), die privaten Unternehmen (– 2,3 %) und die nichtbundeseigenen Eisenbahnen (– 1,7 %). schm

### **Güterumschlag in den Binnenhäfen gestiegen Ludwigshafen mit dem größten Umschlag vor Mainz und Andernach**

Der Güterumschlag in den rheinland-pfälzischen Rhein- und Moselhäfen lag im Mai 1988 mit 2,6 Mill. t um 4,7 % über dem Ergebnis vom Mai 1987. Der Versand erhöhte sich um 9,2 % auf 1,1 Mill. t, die Entladungen nahmen um 1,9 % auf 1,6 Mill. t zu. Es wurden 2 671 Güterschiffe be- und entladen. (+ 8,4 %).

Rund 45 % des Gesamtumschlags betrafen Steine und Erden. Es folgen Mineralölzeugnisse und Gase (550 000 t bzw. 21 %), chemische Produkte (326 000 t

bzw. 12 %) sowie landwirtschaftliche Erzeugnisse und Futtermittel (161 000 t bzw. 6,1 %).

Der im Mai 1988 am stärksten frequentierte Hafen war Ludwigshafen mit 718 abgefertigten Schiffen und einer Umschlagsleistung von 781 000 t. Davon entfielen 47 % auf Düngemittel und chemische Erzeugnisse. An zweiter Stelle lag Mainz mit 358 Schiffen und 303 000 t umgeschlagener Güter, gefolgt von Andernach (265 Schiffe bzw. 251 000 t).

In den ersten fünf Monaten des Jahres 1988 wurden in den Rhein- und Moselhäfen des Landes 3,9 % mehr Güter umgeschlagen als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Während der Güterversand sich um 11 % erhöhte, blieb der Empfang fast gleich (– 0,1 %). Die Zahl der be- und entladenen Schiffe stieg gleichzeitig um 390 auf 12 054. schm

### **Anhaltende Expansion im Wirtschaftsbereich Dienstleistungen**

Im Jahre 1986 gab es in Rheinland-Pfalz 118 983 umsatzsteuerpflichtige Unternehmen, die 166 Mrd. DM umsetzten. Die Unternehmer hatten auf ihre Umsätze eine Steuervorauszahlung in Höhen von 2 782 Mill. DM zu leisten.

Das verarbeitende Gewerbe ist seit jeher die umsatzstärkste Branche. Von den 19 563 Steuerpflichtigen wurden 79 Mrd. DM umgesetzt, das heißt 16 % der Firmen erwirtschafteten fast die Hälfte des gesamten Umsatzes. Im Handel waren 32 453 Unternehmen tätig. Hier ist ebenso wie im verarbeitenden Gewerbe gegenüber 1984 ein Zuwachs zu verzeichnen. Im Baugewerbe ist eine rückläufige Entwicklung festzustellen. Sowohl die Zahl der Bauunternehmen als auch deren Umsatz hat sich verringert.

Die seit Jahren zu beobachtende Expansion im Wirtschaftsbereich Dienstleistungen setzte sich auch 1986 fort. Gegenüber 1984 erhöhte sich die Zahl der Unternehmen um 3,9 % auf 41 591, die 12 366 Mill. DM umsetzten. Im Gastgewerbe, mit 16 954 Betrieben der größte Zweig, war der Zuwachs ebenso wie in einigen anderen Bereichen relativ gering. Hauptwachstumsbranche neben dem Grundstücks- und Wohnungswesen war die Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung und -beratung sowie die technische Beratung und Planung. Die Zahl der freiberuflichen Praxen stieg um 14 % auf 8 860 an, wodurch die Konkurrenzsituation angespannter wird. Verdeutlicht wird dies durch die Umsatzentwicklung zwischen 1984 und 1986, als sich im Schnitt der Wert der erbrachten Dienstleistungen um 2,6 % erhöhte. la

Mehr über dieses Thema auf Seite 255



### **Studierneigung nahm deutlich zu**

Das Interesse der rheinland-pfälzischen Schüler an einem Studium hat wieder deutlich zugenommen. Von 15 131 Anfang des Jahres 1988 befragten Abiturienten und Schülern in Abschlußklassen der Fachoberschulen gaben knapp 73 % (11 022) an, nach dem Erwerb der Hochschul- bzw. Fachhochschulreife oder zu einem späteren Zeitpunkt studieren zu wollen. In den beiden Vorjahren waren es jeweils 68 %, im Jahre 1985 gar nur 66 %. In den letzten zehn Jahren lag der Anteil der Studienwilligen nur 1982 mit 77 % höher als in diesem Jahr. Der Anteil der Nichtstudienwilligen ging von 15 % im Vorjahr auf 14 % in diesem Jahr zurück. Ebenfalls hat der Anteil der Unentschlossenen abgenommen, und zwar von 18 auf 14 %.

Der Anteil der männlichen Studienwilligen lag mit knapp 80 % (Vorjahr 75 %) wesentlich höher als bei den weiblichen Studierwilligen mit 64 % (1987: 58 %). Die niedrigste Quote verzeichneten wieder die Fachoberschülerinnen, von denen 1988 nur jede Zweite (1987: 43 %) ein Studium aufnehmen will.

Von den Studierwilligen insgesamt haben 55 % das Ziel, an einer Universität und 43 % an einer Fachhochschule zu studieren. Rund 1 % will an einer Pädagogischen Hochschule, Kunsthochschule oder Hochschule im Ausland ein Studium beginnen, ebenfalls 1 % hat sich noch nicht entschieden.

Von den Schülerinnen und Schülern, die die Hochschulreife anstreben, möchten 486 (4,4 %) ein Lehramtsstudium aufnehmen. Das sind 0,3 % mehr als im Jahr zuvor. we

### **Weiterer Geburtenanstieg**

Im ersten Quartal 1988 erblickten in Rheinland-Pfalz 9 513 Kinder das Licht der Welt. Das sind 750 oder 8,6 % mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Von den Neugeborenen hatten 6,5 % ausländische Eltern bzw. bei Nichteheleichen eine ausländische Mutter. Während bei den Ausländern der Geburtenanstieg 19,5 % ausmachte, gab es bei den Deutschen 7,9 % mehr Geburten.

Trotz steigender Geburtenzahlen wurde in den ersten drei Monaten des Jahres infolge von 10 532 Sterbefällen ein Gestorbenenüberschuß von 1 019 registriert. Der Sterbeüberschuß im Vorjahreszeitraum war doppelt so hoch.

Auch die Säuglingssterbeziffer, das ist die Zahl der im ersten Lebensjahr Gestorbenen (ohne Totgeborene) bezogen auf 1 000 Lebendgeborene, lag mit 7,8 unter der des ersten Quartals 1987 (10,3). di

### **75 Mill. DM für die Kriegsofopferfürsorge**

In Rheinland-Pfalz wurden im Jahre 1987 insgesamt 75 Mill. DM für die Kriegsofopferfürsorge aufgewendet. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen leichten Rückgang um 4 %. 98 % der Gesamtausgaben wurden als Beihilfen, der Rest als Darlehen gewährt.

57 Mill. DM entfielen auf die Hilfen in besonderen Lebenslagen, wovon 45 Mill. DM für Hilfe zur Pflege an Witwen und Waisen gezahlt wurden.

Durch Einnahmen der Träger der Kriegsofopferfürsorge in Höhe von 19 Mill. DM waren die Gesamtausgaben zu knapp 26 % gedeckt.

Laufende Leistungen erhielten im Berichtsjahr 6 599 Personen, einmalige Leistungen wurden in 9 297 Fällen gewährt.

Kriegsofopferfürsorge erhalten auch Personen aufgrund bestimmter Gesetze, die das Bundesversorgungsgesetz für anwendbar erklären, wie das Häftlingshilfegesetz, das Soldatenversorgungsgesetz oder das Zivildienstgesetz. ka

### **Computerunterstützte Diagnosendokumentation im Krankenhaus**

Mit dem Verfahren Diagnosendokumentation im Krankenhaus (DIDOK) hat das Statistische Landesamt ein Datenverarbeitungsverfahren entwickelt, das vorrangig auf die Informationsbedürfnisse des ärztlichen Bereiches abgestellt ist.

DIDOK ist ein Vor-Ort-Verfahren zur systematischen und vollständigen Dokumentation von Diagnosen und weiteren medizinischen Basisdaten stationär behandelter Patienten. Es ermöglicht den Einstieg in eine medizinische Basisdokumentation, trägt zu einer Verbesserung der innerbetrieblichen Entscheidungsgrundlagen bei und unterstützt das Krankenhaus bei der Erstellung der Diagnosenstatistik gemäß § 16 Bundespflegesatzverordnung sowie bei der Erfüllung von Auskunftspflichten gemäß § 35 Landeskrankenhausesgesetz. dr

Mehr über dieses Thema auf Seite 263



### Zeichenerklärungen

- |                                                                                                                        |                        |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------|
| — = nichts vorhanden                                                                                                   | D = Durchschnitt       |
| 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit | p = vorläufige Angabe  |
| · = kein Nachweis vorhanden / Angabe nicht möglich                                                                     | r = berichtigte Angabe |
| ... = Angabe fällt später an                                                                                           | s = geschätzte Angabe  |
| ( ) = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist                                           |                        |

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 – 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.